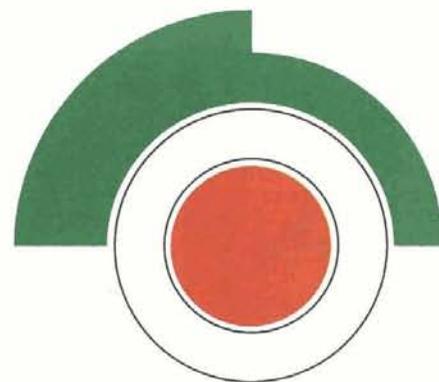


# Nordrhein-Westfalen Landtag intern 17



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 32. Jahrgang, 13. Wahlperiode, 11.12.2001

## „Nicht einfach die Weichen abbauen“

*Kaum ein gutes Haar ließ der frühere NRW-Verkehrsminister Franz-Josef Kniola am Umgang der Bahn mit ihrem Streckennetz. Als Vorsitzender der von der Landesregierung eingesetzten Kommission „Zukunft der Bahn in NRW“ im Verkehrsausschuss stellte Kniola die Erkenntnisse der Experten nach einjährigen Recherchen dar.*

Deutlich kritisierte Kniola die Investitionsentscheidungen der Deutsche Bahn AG (DBAG). Die Instandhaltung des Bahnnetzes werde von der DB als Restgröße angesehen. Auch sei die Berechnung der Wirtschaftlichkeit von Strecken völlig falsch, wenn nur Streckenabschnitte und nicht der gesamt Ast betrachtet werde. „Wir haben den klaren Eindruck, dass Investitionen unterlassen und Strecken herunterkommen gelassen werden, bis Bundesmittel zur Verfügung gestellt werden müssten und die Kosten nicht dem Unternehmen anfielen.“

Beim DB-Nebenstrecken-Konzept „Regent“ gebe es keine Mittelstands-Offensive, sondern der DB gehe es nur um die Beteiligung von Betreibern. Das sei nicht richtig. Falsch sei auch die Politik hoher Trassenpreise. Nicht hinnehmbar sei es, wenn die schlechtesten Strecken am teuersten seien. Kniola bat die Landesregierung, mit der Bahn über regionale Netze und vereinfachten Betrieb zu verhandeln. Dazu müsse es auch Finanzen vom Bund an die Länder und dürfe es auf keinen Fall Rückzahlungsforderungen geben. Wer die Lasten übernehme, dürfe nicht auch noch bestraft werden.

Auch das „marktorientierte Konzept“ beim Personenverkehr missbilligt die Kommission. Kniola: Es sei nicht in Ordnung, wenn der Ersatz für eingestellte Interregio- durch Regionalexpress-Verkehr vom Land finanziert werde. Beim Ausstieg aus einer Bundesleistung (Interregio) müsse es einen Finanztransfer vom Bund geben. Auf keinen Fall dürfe die Mitte-Deutschland-Verbindung eingestellt werden. Die Bahn solle alle Strecken des Personenverkehrs ausschreiben, um andere Anbieter zu gewinnen, fordert die Kommission. Bei allen Ausschreibungen solle auch Qualität verlangt werden.

Beim Güterverkehr seien 80 Prozent der Gleisanschlüsse nicht zu halten. Aber die Bahn könne nicht einfach Weichen abbauen, ohne mit den Transporteuren zu reden. Die Verträge mit den Firmen müssten eingehalten und Ersatzlösungen geprüft werden. Für die Trassenpolitik der DBAG müsse eine Aufsichtsbehörde her. Kniola nahm die Bahn aber auch in Schutz: Alle Probleme bei der Privatisierung seien politisch verursacht. Der NRW-Kommission hätten alle DB-Türen offen gestanden. Der Verkehrsausschuss will den Vorsitzenden zu einem weiteren vertiefenden Gespräch einladen.

*Bei Reisenden beliebt, die es nicht so eilig haben, bei der Bahn nicht wohl gelitten: Die Interregio-Verbindungen quer durch Deutschland. Foto: DB AG/Mann*



## Die Woche im Landtag

### Schulsituation Seite 4

Noch vor Erscheinen der seitdem diskutierten PISA-Studie debattierte der Landtag auf Antrag der Liberalen über die Lage der Schulen im Lande.

### Ecuador Seite 8

Die Finanzierung des Baus einer Ölpipeline in Ecuador könne dem Ansehen der Westdeutschen Landesbank schaden.

### Landesgeschichte Seite 14

Vor 35 Jahren trat der Landtag zusammen, um Ministerpräsident Franz Meyers (CDU) zu stürzen und Heinz Kühn (SPD) an seine Stelle zu wählen.

### Kulturpolitik Seite 15

Zu sehr unterschiedlichen Urteilen gelangten Koalition und Opposition bei der Debatte über die Lage von Kunst und Kultur in Nordrhein-Westfalen.

### Kontrolle Seite 17

Zustimmung hat das Anliegen der FDP-Fraktion gefunden, die Sicherheitsdienste parlamentarisch besser zu kontrollieren.

## Wort und Widerwort

### Ist Nordrhein-Westfalen für einen wirksamen Katastrophenschutz gerüstet?

Ein ganz neues Katastrophen-Szenario mit einer völlig neuen Dimension haben die terroristischen Anschläge vom Herbst diesen Jahres aufgezeigt. Da stellt sich auch hierzulande die Frage, in welchem Ausmaß gegen die Folgen solcher Ereignisse, die im Extremfall in der Lage sind, die internationale Sicherheit und den Weltfrieden zu bedrohen, Vorkehrungen zu treffen sind. Übereinstimmung bei den Fraktionen herrscht darüber, dass der derzeitige Katastrophenschutz länderüberschreitend auf den Prüfstand gehört und ein tragfähiges Konzept erarbeitet werden muss. (Seite 2)

**Von Jürgen Jentsch (SPD)**

Nach den Ereignissen vom 11. September ist neben der Terrorismusbekämpfung auch der vorbeugende Katastrophenschutz in den Vordergrund von Sicherheitsüberlegungen gerückt.



Mussten bislang Vorkehrungen gegen Katastrophen getroffen werden, die durch technische und natürliche Ursachen oder durch menschliches Versagen verursacht waren, gilt es jetzt auch gegen biologische und chemische Anschläge vorbereitet zu sein. Dies ist zwar auch, aber nicht vorrangig eine Frage des Geldes. Vielmehr müssen sich die Einsicht und die Bereitschaft durchsetzen, einer bislang ignorierten Gefahr begegnen zu wollen. Ich begrüße deshalb ausdrücklich, dass die Landesregierung im Zuge der 2. Ergänzungsvorlage zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 2002 in die Aus- und Fortbildung der Rettungskräfte investiert und das Institut der Feuerwehr in Münster 11 neue Stellen für Ausbilder erhält. Neben umfassenden Kenntnissen möglicher Szenarien biologischer und chemischer Anschläge darf aber auch nicht die technische Ausstattung für den Katastrophenschutz vernachlässigt werden. Die Anschaffung von 26 neuen Einsatzleitfahrzeugen für die Kreise und Städte in Nordrhein-Westfalen sowie 144 Spezialausrüstungen zum ABC-Schutz trägt gestiegenen Anforderungen an die Feuerwehren und den Katastrophenschutz Rechnung. Allerdings machen terroristische Anschläge nicht vor Landesgrenzen halt. Deshalb muss die Leistungsfähigkeit des Hilfeleistungssystems in der Bundesrepublik einer kritischen Überprüfung unterzogen werden. Insbesondere Maßnahmen zur Warnung und Selbstschutz der Bevölkerung müssen noch intensiviert werden. Auf der Grundlage einer Risikoanalyse ist der Katastrophenschutz unter Einbeziehung bundesweit einheitlicher Konzepte zu optimieren.

...

**Von Theo Kruse (CDU)**

Die CDU-Landtagsfraktion hat am 21. September 2001 einen Fachkongress zur Zukunft der Feuerwehr veranstaltet. Über 600 Teilnehmer haben über eklatante Schwierigkeiten berichtet, ihren Auftrag in angemessener Art und Weise zu erfüllen. Beklagt wurde ein Mangel an angemessener und moderner Ausstattung. Die Defizite bestehen schon seit Jahren und müssen beseitigt werden, denn die Bekämpfung von Unfällen mit gefährlichen Stoffen und Gütern oder Strahlenschutz-einsätze gehören zum Alltag der Feuerwehr. Diese umfangreichen technischen Hilfeleistungen erfordern eine Spezialausrüstung und spezielle Technik, die auch den neuen Herausforderungen gerecht werden muss. All das kostet Geld. Die hierfür im Landeshaushalt bereitgestellten Mittel sind völlig unzureichend. Dies gilt insbesondere deshalb, weil die Mittel, die von der Landesregierung im Haushalt zur Abwehr von Großschadensereignissen bereitgestellt werden, zu einem erheblichen Teil den Kommunen zur Finanzierung ihrer Feuerwehr wieder genommen werden.



Aber nicht nur finanzielle Zuwendungen sind notwendig. Die ständige Konferenz für Katastrophenvorsorge und Katastrophenschutz hat darauf hingewiesen, dass wir ein einheitliches Konzept beim Katastrophenschutz benötigen. Dieses einheitliche Konzept braucht auch Nordrhein-Westfalen. So benötigen wir eine Arbeitsgruppe unter Federführung des Innenministeriums, die sich unter Einbeziehung aller am Rettungswesen Beteiligten mit den Herausforderungen und möglichen Bedrohungsszenarien befasst. Diese Arbeitsgruppe könnte entscheidend dazu beitragen, Schwachstellen im bisherigen Rettungswesen zu erkennen und Maßnahmen voranzutreiben, die dringend nötig sind, um den Informationsfluss in Katastrophenfällen zu beschleunigen oder um die zeitlichen Abstände zu verringern, in der umfangreiche Übungen durchgeführt und Großeinsätze erprobt werden. Denn auch bei der Rettung gilt: Nur Übung macht den Meister. Über 100 000 Freiwillige in der Feuerwehr und die unzähligen weiteren ehrenamtlichen Helfer in den privaten Hilfsorganisationen sind bereit, im Katastrophenfall zu retten. Es muss daher selbstverständlich sein, dieses Engagement zu unterstützen. Nur dann ist Nordrhein-Westfalen für einen wirksamen Katastrophenschutz gerüstet.

...

# Ist Nordrhein-Westfalen für einen wirksamen Katastrophenschutz gerüstet?

**Von Dr. Ingo Wolf (FDP)**

Seit jeher finanzieren die Städte, Gemeinden und Kreise ihre kommunalen Aufgaben nach dem Gesetz über den Feuerschutz und die Hilfeleistung (FSHG) aus dem vom Lande „durchgereichten“ Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer. Diese Einnahmen sind stark rückläufig infolge der Liberalisierung sowie Deregulierung der Versicherungsmärkte und der dadurch hervorgerufenen Prämien- und Steuerminderung. Erschwerend kommt hinzu, dass das Land aus der Feuerschutzsteuer auch seine originären Aufgaben im Bereich des Katastrophenschutzes aus den Einnahmen der Feuerschutzsteuer finanziert — und darüber hinaus auch die richtigerweise als Landesaufgabe zu verstehende Unterhaltung der Landesfeuerwehrschule.



Bereits vor den Terroranschlägen am 11. September in den USA drohte eine chronische Unterfinanzierung des Feuer- und Katastrophenschutzes. Erst recht gilt dies im Hinblick auf die veränderte Bedrohungslage durch den internationalen Terrorismus. Der Finanzierungsansatz für die Feuerwehren und den Katastrophenschutz muss deshalb erhöht werden, um eine bessere Gefahrenvorsorge zu gewährleisten (zum Beispiel Alarmierungssysteme für die Zivilbevölkerung, Vorhaltung von Notfallmedikamenten, Verbesserung der Ausbildung und Information zum Selbstschutz). Wegen der häufigen Überschneidung der kommunalen Feuerschutzaufgaben mit den Landesaufgaben im Bereich des Katastrophenschutzes ist ein eigenes finanzielles Engagement des Landes zwingend notwendig. Nicht zuletzt mit Blick auf die seit Jahren praktizierte Vernachlässigung der kommunalen Finanzausstattung durch die Landesregierung muss die Mittelzuweisung an die Kommunen um 40 Millionen Mark „echte Landesmittel“ ergänzt werden, damit auf Dauer für den Feuer- und Katastrophenschutz ein Betrag von rund 120 Millionen Mark gesichert ist.

...

**Von Monika Düker (GRÜNE)**

Nach der Auflösung des Warschauer Paktes und der damit einhergehenden veränderten Sicherheitslage in Europa erschein ein Abbau des Zivilschutzes nur folgerichtig. Die Bedrohung durch terroristische Anschläge seit dem 11.09.2001 erfordert eine Überprüfung



auch der Maßnahmen des Katastrophenschutzes in unserem Land. NRW ist für einen wirksamen Katastrophenschutz gerüstet. Dieser muss allerdings optimiert werden, um mögliche Großschadensereignisse, die für uns vor dem 11. September nicht vorstellbar waren, erfolgreich bewältigen zu können. Der Katastrophenschutz muss in die Lage versetzt werden, diesen neuen Anforderungen umfassend gerecht zu werden. Die Landesregierung hat mit ihrer zweiten Ergänzungsvorlage zum Landeshaushalt ein Sicherheitspaket II auf den Weg gebracht, das auch den Katastrophenschutz in NRW sinnvoll und zielgerichtet verbessert wird. Dieses Konzept zur Verbesserung der Inneren Sicherheit ist langfristig angelegt. Die Feuerwehren benötigen auf jeden Fall zusätzliche Ausrüstung, und die werden sie auch bekommen. Für den Katastrophenschutz werden zunächst neben 26 neuen Einsatzleitfahrzeugen für die Kreise und Städte in NRW auch 144 Spezialausrüstungen zum ABC-Schutz angeschafft. Der Bund steuert ebenfalls neue Ausrüstung bei. Auch in die Aus- und Fortbildung der Rettungskräfte wird investiert. Das Institut der Feuerwehr in Münster erhält elf neue Stellen für Ausbilder. Wir müssen uns auf die neuen Szenarien einstellen, damit wir im Ernstfall vorbereitet sind. Deshalb werden im zweiten Sicherheitspaket der Landesregierung für den Bereich Feuerschutz und Hilfeleistungen insgesamt 66,5 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus brauchen wir so schnell wie möglich ein bundesweit abgestimmtes tragfähiges Zukunftskonzept für den Katastrophen- und Zivilschutz.

## Jeden Tag dreizehn Hilferufe

Die stellvertretende Vorsitzende des Petitionsausschusses, Brigitte Herrmann (GRÜNE, Foto r.), widmete ihren Halbjahresbericht unter anderem den Problemen beim Pflegegeld, Parkerleichterungen bei Darmkrankheiten und dem Ausländerrecht.

**Brigitte Herrmann (GRÜNE):** Die Welt der Petitionen sei spannend, oft traurig, aber auch hoffnungsfroh. Schon dem römischen Philosophen Marc Aurel habe das Volk seine Sorgen geschrieben. Er habe sich um alle Bittschriften selbst gekümmert. Heute gebe es das in der Landesverfassung verankerte Petitionsrecht, eine hervorragende Verwaltung und einen kollegial arbeitenden Petitionsausschuss, der nicht nach Parteipolitik, sondern nach dem Wohl der Petenten vorgehe.

„Seit Beginn der Wahlperiode erreichten den Petitionsausschuss 6784 Eingaben“, fuhr sie fort. „Das sind fast jeden Tag dreizehn Anträge und Hilferufe, hinter denen jeweils ein menschliches Schicksal steht.“ Davon seien 1184 Fälle nach Artikel 41a der Landesverfassung bearbeitet worden: Abgeordnete versuchten mit Mitarbeiterinnen des Referats vor Ort, direkt mit Behörden und Betroffenen die Probleme zu lösen.

### Pflegegeld

„Und man sieht die im Lichte, die im Dunkeln sieht man nicht“, zitierte sie Bert Brecht und kam auf Pflegebedürftige mit Anspruch auf Pflegegeld zu sprechen. Der Landtag habe bei der Berechnung eigenes Vermögen außen vor lassen wollen. Einige Städte verträten eine andere Auffassung und berie-

### Hohe Nachzahlung

*Eine Mutter wandte sich für ihren schwerbehinderten Sohn an den Petitionsausschuss, da die Landesversicherungsanstalt (LVA) es ihrer Meinung nach versäumt hat, ihn rechtzeitig über seinen Rentenanspruch aufzuklären.*

Ihrem Sohn ist ab September 2000 eine Erwerbsunfähigkeitsrente bewilligt worden. In dem Bescheid wurde darauf hingewiesen, dass die Anspruchsvoraussetzungen bereits seit dem 31. Juli 1991 vorlagen. Damals hatte ihr Sohn einen Antrag auf eine medizinische Maßnahme zur Rehabilitation gestellt, der von der LVA auch bewilligt wurde. Ihr Sohn verzichtete aber, da eine Begleitung für ihn während des gesamten Aufenthaltes nicht bewilligt wurde.

Wie sich bei der vom Petitionsausschuss veranlassten Überprüfung herausstellte, hat die LVA damals übersehen, dass sämtliche Voraussetzungen für die Gewährung einer Rente wegen Erwerbsunfähigkeit vorlagen. Der Rehabilitationsantrag von 1991 galt gleichzeitig als Rentenanspruch, über den bis heute nicht entschieden wurde. Die LVA hat daher die Rente rückwirkend ab August 1991 neu festgestellt und damit dem Anliegen der Petentin entsprochen. Ihr Sohn hat eine Nachzahlung incl. Zinsen von fast 150 000 Mark erhalten. Ohne das Petitionsverfahren wäre dieses Ergebnis nicht zustande gekommen.

fen sich, auch in Gerichtsprozessen, auf das Landespflegegesetz. Die Bedürftigen verstünden nicht, dass ihnen nach dem 31. Dezember wegen Änderung der Behördenzuständigkeit kein Pflegegeld mehr zustehe. Der Petitionsausschuss halte eine Gesetzesänderung für notwendig.

Vom Selbsthilfeverband der an Morbus Crohn Erkrankten habe der Ausschuss erfahren, dass es sich für die chronisch Darmkranken mit Durchfällen bis zu zwanzigmal täglich in NRW, dem Land mit den meisten Menschen mit dieser Krankheit, eine Sonderregelung für Parkerleichterungen nicht gebe. Nach einer Anhörung im Landtag sei die gewünschte Lösung geschaffen worden.

Rund 25 Prozent der Eingaben beträfen das Ausländerrecht, führte Abgeordnete Herrmann weiter aus und beschrieb einige Fälle.

Der Vater habe eine Arbeitsstelle, sein Chef wolle ihn gern behalten. „Die Kinder sind in Deutschland geboren und aufgewachsen, gute Schülerinnen und Schüler, beliebt und auch im Sportverein aktiv.“ Die ganze Familie sei bestens integriert, aber nicht aufenthaltsberechtigt und solle ausreisen.

„Herr I. ist Wissenschaftler an einer Hochschule. Als Datenbankexperte hat er eine zentrale Aufgabe am Europäischen Kernforschungsinstitut in Genf. Formal ist er lediglich Student, zu lange für das Ausländerrecht. Ihm droht daher die Aufenthaltsbeendigung.“ Den Studienabschluss, den er für eine Green Card brauche, erhalte er erst im April 2002.

Allein erziehende Mütter aus dem Kosovo hätten vieles gemeinsam in ihren Leidensgeschichten: Gewalttätigkeiten des Ex-Ehemanns, Morddrohungen bei einer Rückkehr in den Kosovo, Suizidversuche der älteren Kinder aus Angst vor Abschiebung, kranke oder behinderte Kinder. „Auch diese



Kinder sprechen deutsch, sind gut integriert und haben neiderweckend gute Zeugnisse. Sie werden bald in der absoluten Perspektivlosigkeit enden, und zwar allein deswegen, weil sich ihre Mütter um sie gekümmert und daher nicht gearbeitet haben.“

Mit dem Zuwanderungsgesetz würden die problematischen Fälle nicht gelöst. Eine Härtefallregelung, die eine humanitäre Bleiberechtigkeitsperspektive biete, werde von

### Ausreise-Härtefälle

Flüchtlingshelfern, besonders von den Kirchen, gefordert.

Brigitte Herrmann verteidigte abschließend die verstärkte Öffentlichkeitsarbeit des Petitionsausschusses: „Das Nichtwissen sehen viele als Gerechtigkeitslücke an.“ Ein neuer Film des Besucherdienstes spiegele die Ausschussarbeit gut und richtig wider. Eine Telefonsprechstunde zusammen mit der „Rheinischen Post“ habe ein großes Bedürfnis gezeigt, über Probleme beim Umgang mit Behörden zu sprechen. Dank der neuen Räumlichkeiten in der Villa Horion in Düsseldorf solle ein „Haus des Bürgers“ mit festen Sprechtagen entstehen. Die Abgeordnete dankte der Petitionsverwaltung und bat um die weitere Unterstützung aller politischen Kräfte des Landtags.



Der Petitionsausschuss tagt nach Renovierung und Umzug seit Mitte November in den Räumen der Villa Horion, hier unter Leitung der Vorsitzenden Barbara Wischermann (CDU, Mitte l.). Fotos: Schälte

## Abgeordnete: „Von faulen Säcken keine Spur“



Der Landtag hat Ende November die Große Anfrage der FDP-Fraktion und die Antwort der Landesregierung (Drs. 13/1395) im Plenum behandelt.

Die Anfrage stand unter dem Motto „Kienbaum

und die Folgen – Standortbestimmung und Zukunftsfähigkeit des nordrhein-westfälischen Bildungssystems zehn Jahre nach Deutschlands größter Schuluntersuchung“. Als erster Redner verwies der FDP-Abgeordnete Ralf Witzel (siehe Bild oben) auf eine Imagekampagne der Landesregierung zu Beginn des Schuljahres („Menschen mit Klasse – Lehrer in NRW“) und korrigierte den Slogan: Es wäre „sehr viel ehrlicher“ gewesen, wenn es heißen hätte „Menschen mit großer Klasse – Lehrer in NRW“.

**Ralf Witzel** (FDP) erkannte in der Bildungspolitik und in den Versäumnissen dort die „Achillesferse der rot-grünen Landesregierung in Düsseldorf“. Witzel: „Diese Landesregierung trägt die politische Verantwortung

gesichts schlechterer Unterrichtsbedingungen, größerer Klassen, weniger erteilter Unterrichtsstunden, viel fachfremd erteiltem Unterricht und Unterrichtsausfall, „dann ist das gerade kein Beleg für die Leistungsfähigkeit dieses Bildungswesens, sondern viel eher ein Indikator dafür, dass es in Nordrhein-Westfalen Abschlussdumping und Notenlifting gibt“. Es sei Zeit zum Handeln, zumal die in der Studie vor zehn Jahren festgestellten Probleme weiter und in verstärktem Maße vorhanden seien.

**Manfred Degen** (SPD) wandte ein: Man dürfe aus den vorgelegten Daten nicht nur die auswählen, die in die „eigene Denke“ hineinpassten oder den Daten mit „selektiver Wahrnehmung“ begegnen. Seine Hoffnung, dass die umfangreiche Antwort der Landesregierung bei Einbeziehung aller objektiven Daten für die Liberalen eine Hilfe in der weiteren bildungspolitischen Debatte im Sinne einer Versachlichung darstellen könnte, habe ihn getrogen – das zeige der Entschließungsantrag (Drs. 13/1832), den die FDP vorgelegt habe. Außerhalb des hohen Hauses, betonte Degen („Innerhalb des Parlaments würde ich das nie sagen“), würde man dies mit dem Bild umschreiben: Perlen vor die Säue. Der Sprecher verteidigte das integrierte Schulsystem wie die Gesamtschule und kam zu der Zensur für die FDP: Sechs.

**Marie-Theres Ley** (CDU) urteilte, wenn man die Antworten auf die Große Anfrage durchlese, „dann stellt man fest, dass wenig Innovatives und viel Lyrik die Probleme unserer

**Sylvia Löhrmann**, GRÜNEN-Fraktionsvorsitzende, zog ein anderes Fazit aus der Antwort der Landesregierung als die Opposition: „Die nordrhein-westfälischen Schulen erzielen mit zugegebenermaßen teils schwierigen Rahmenbedingungen und hohen Anforderungen an die Lehrerinnen und Lehrer überdurchschnittliche Ergebnisse.“ Darum bestehe zu Schwarzmalerei auf Seiten der Opposition kein Anlass. Anlass habe die rot-grüne Koalition, „uns für die engagierte Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer zu bedanken. Wir wissen ihre schwierige Arbeit sehr zu schätzen. Von faulen Säcken keine Spur!“ Die Kienbaum-Studie wertete die Sprecherin nicht als den entscheidenden bildungspolitischen Anstoß der letzten Jahre. Das sei vielmehr die Denkschrift der Bildungskommission, die zeige, wie das Bildungssystem zukunftsfähig zu machen ist.

**Schulministerin Gabriele Behler** (SPD) vermisste bei der Opposition Ernsthaftigkeit: Sie führe in den verschiedenen Landtagen die bildungspolitischen Debatte so, dass sie austauschbar seien. Sie, Behler, bedauere das und wünschte sich eine andere Qualität und andere Zielrichtung. Diese bildungspolitische Debatte werde im Lande anders geführt als im Parlament, betonte sie und warf der FDP vor, wenn man den Vorspann zu ihrer Großen Anfrage lese, dann werde einem klar, dass die Anfrage „eigentlich gar nicht hätte gestellt zu werden brauchen, weil die FDP schon vorher wusste, was bei der Beantwortung herauskommt“. Warum also diese Mühe bei der fragenden Fraktion und bei der antwortenden Administration? Die Ministerin war der Meinung, dass sich die Bilanz zehn Jahre nach Kienbaum sehen lassen könne: „Wir haben die Sicherung der Unterrichtsversorgung und die Weiterentwicklung der Qualität des nordrhein-westfälischen Bildungswesens konsequent vorangetrieben.“ Auf zahlreichen Feldern nehme das Land eine absolut führende Position ein.

**Hans Frey** (SPD) machte darauf aufmerksam, die FDP habe nicht verstanden, um was es Kienbaum gegangen sei: Nicht um Bildungspolitik im inhaltlichen Sinne, „sondern um eine Effektivierung des ökonomischen Systems“.

**Herbert Reul** (CDU) bezeichnete die „Entschuldigungsanträge“ der Ministerin als mehr als peinlich. Er vermisse die Antworten auf Fragen nach der Lehrerrekutierung im Lande: Hier werde seit 15 Jahren ein falscher Weg gefahren und kein Signal gegeben, „dass der Lehrerberuf interessant ist“.



Engagiert, aber ohne Konsens – die Rednerinnen und Redner von Koalition, Opposition und Landesregierung (v. l.): Manfred Degen (SPD), Sylvia Löhrmann (GRÜNE), Marie-Theres Ley (CDU) und Bildungsministerin Gabriele Behler (SPD).

Fotos: Schälte

für die Mängelverwaltung und für die Versäumnisse im Bildungswesen und in allen Schulen in Nordrhein-Westfalen.“ Weiter: „So geht es nicht: Erst den Karren vor die Wand fahren und sich dann aus dem Staub machen. Wir als FDP-Landtagsfraktion werden auch zukünftig Wert darauf legen und darauf achten, dass hier niemand Unfallflucht begeht.“ Der Redner ließ das Argument nicht gelten, NRW vergebe die meisten hochwertigen Bildungsabschlüsse: An-

Schulen überdecken sollen. Auf wichtige Fragen gibt es überhaupt keine Antworten, und es fehlen Konzepte für die Zukunft“. Der Finanzminister spare auf Kosten der Zukunft unserer Kinder. Die Antworten zeigten die ganze Misere des nordrhein-westfälischen Schulwesens; wenn nicht bald etwas geändert wird, „dann werden uns die nächsten Studien auch kein besseres Zeugnis ausstellen“. Im Übrigen begrüße die CDU den FDP-Entschließungsantrag.

**Ingrid Pieper-von Heiden** (FDP) nannte als Grund für die Notwendigkeit der Beschäftigung mit Kienbaum: „Statt zielstrebig mit Verstand und Augenmaß mehr Qualität in das Bildungswesen zu bringen, Lehrpläne zu modernisieren und Abläufe zu optimieren sowie veränderte Prioritäten bei den Lerninhalten zu setzen, ist die Bildungspolitik der Landesregierung in den letzten zehn Jahren vor allem durch ziellosen Aktionismus aufgefallen.“

## Große Anfrage der CDU zum Mangel an IT-Fachkräften

**Dr. Hans-Joachim Franke** (CDU) hielt die Reaktion für sehr oberflächlich. Statt den Ernst der Lage zu würdigen, beklage die Landesregierung ihre Abhängigkeit von der Weltwirtschaft. Seit 200 Jahren habe die Industrie das Leben der Menschen verändert. Ein neuer gewaltiger Umbruch sei im Gange durch digitale Datenverarbeitung, Miniaturisierung der Steuerungseinheiten und neuartige Verbundstoffe mit ungeahnten Möglichkeiten, aber auch arbeitslosen Beschäftigten der alten Industriegesellschaft. Die unvermeidlichen Umstellungen dauerten viel zu langsam. Positiv erwähnenswert sei das Bildungszentrum für informationsverarbeitende Berufe (b.i.b.) in Paderborn. Aber jede Anpassung gerate zu einem Hindernislauf wegen der unflexiblen Ministerialbürokratie.

**Marc Jan Eumann** (SPD) meinte, die Antwort auf die 33 Fragen der CDU laute klar Nein. NRW nutze im Gegenteil die Chancen, gerade bei der Medien- und Kommunikationswirtschaft. Die Liste der Erfolge sei lang. Auch zukünftig sei Qualifizierung von zentraler Bedeutung. Die Branche sei von hoher Dynamik. Medienkonvergenz sei wichtig, auch im Hinblick auf die Globalisierung. An die Adresse der Unternehmer richtete Eumann die Mahnung, nicht heute Fachleute zu entlassen und sie morgen händeringend zu suchen. Kündigungen seien fatal für alle. In NRW seien 140 000 Arbeitsplätze verfügbar, Zehntausende Lehrer seien qualifiziert.

### Technikfeindlichkeit

**Dr. Friedrich Wilke** (FDP) stellte wie die CDU die Frage, warum NRW im IT-Sektor so schlecht abschneide, anders als Süddeutschland, und warum es nachhaltigen Fachkräftemangel gebe. Zwar hätten die Unternehmen früher selbst zum gewaltigen Einbruch bei Ingenieuren beigetragen. Heute stellten sie weniger ein aus Angst vor dem nächsten Abschwung. Verantwortlich sei aber die rotgrüne Koalition und ihr Bildungswesen mit unflexibler Weiterbildung und Technikfeindlichkeit. Mit dem Abbau von 2000 Stellen im Qualitätspakt hätten die Hochschulen ihr Umwidmungspotenzial verloren. Sieben zusätzliche Informatikprofessoren pro Jahr seien Flickschusterei.

**Dr. Ruth Seidl** (GRÜNE): Ein Mangel an IT-Fachleuten in Deutschland sei unbestritten. Aber geforderte 500 neue Professuren entsprächen nicht dem Bedarf der zwei Drittel der Unternehmen, die Absolventen von technischen Ausbildungsberufen bevorzugten. Auch Quereinsteiger genügen einem Drittel der Angebote. Das IT-Center Dortmund sei ein richtiger Schritt, ein auf die neuen Berufe zugeschnittenes Ausbildungsprofil zu entwickeln. Der Arbeitsmarkt benötige laut Expertenrat anwendungsorientierte IT-Kenntnisse. Die Ausstattung der Schulen sei Sache der Kommunen, und es liege an den Lehrern, sich am Computer fit zu machen.

**Gabriele Behler** (SPD), Ministerin für Schule, Wissenschaft und Forschung, begrüßte die Gelegenheit darzulegen, was die Landesregierung alles auf den Weg gebracht habe, und räumte ein, der Bedarf sei dop-

## Auch künftig hoher Bedarf an Informationstechnikern

*Der Landtag debattierte am 27. November über die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der CDU mit dem Titel „IT-Fachkräfte: Ungebrochene Nachfrage in der Wirtschaft und eklatanter Mangel an Hochschulen und Schulen – Verpasst die Landesregierung eine einmalige Chance für den Standort NRW?“ (Drs. 13/1394).*

pelt so hoch wie die derzeitigen Absolventenzahlen. An den NRW-Hochschulen seien die Informatik-Professuren um ein Drittel erhöht worden. Das Land stelle zusätzlich zum Bund-Länder-Programm jährlich 6,25 Millionen Mark bereit. Immer mehr Studierende entschieden sich für Bio-, Geo- und Ingenieurinformatik. Auch werbe NRW um ausländische Spitzenforscher. Bei allen Bachelor-Studiengängen werde Basiswissen der Informationstechnologie und der neuen Medien vermittelt. Für mehr junge Frauen würden Mittel aufgewendet. Bis zum Jahresende stünden an NRW-Schulen 140 000 internetfähige PCs zur Verfügung. Der Schüler-Anteil in naturwissenschaftlichen Leistungskursen liege bei 45 Prozent. Verlässlichkeit könne nur die Wirtschaft bieten. In NRW seien die Kapazitäten richtig eingeschätzt worden. Auch in Zukunft werde es beim notwendigen IT-Grundlagenwissen für die Gesellschaft bleiben.

### Mehr Informatik

**Dr. Renate Düttmann-Braun** (CDU) hielt das IT-Problem in NRW für offensichtlich. Großer Nachholbedarf bestehe im Schulunterricht. Beim Informatikkurs in der Oberstufe stehe NRW bundesweit an vorletzter Stelle. Die Regierung habe den Überblick verloren. Von 21 000 Lehrern im Berufskolleg stünden 1,4 Prozent für Informatik zur Ver-

fügung. Die Universität Köln werde nicht unterstützt bei ihrem Angebot, die Lehrerausbildung für Informatik zu übernehmen. Abgesagt worden sei vom Kultusministerium, EDV-Kenntnis aus dreizehn Jahren Berufserfahrung im Schulalltag zu nützen.

**Dr. Hans Kraft** (SPD) warf der Opposition ein Zerrbild der Wirklichkeit vor. Die Ministerien seien ständig überall zu erreichen. Die Administration arbeite auf hohem Niveau. Die Zahlen von Professor Wilke hielten nicht weiter. In NRW sei der Bedarf mittelfristig gedeckt.

### Tutorenprogramm

**Joachim Schultz-Tornau** (FDP) schlug breit angelegte Tutorenprogramme vor, um den 50 Prozent Studienabbrechern in Informatikfächern zu helfen. Nicht hinnehmbar seien „faule Ausreden“ der Landesregierung, warum sich Spitzenkräfte lieber im Süden ansiedelten. Den GRÜNEN warf er vor, Naturwissenschaften wie Chemie und Physik schlechtzumachen und junge Leute davon abzuhalten.

**Manfred Kuhmichel** (CDU) schloss sich der Forderung des SPD-Politikers Müntefering an, weniger auf Zuwanderung, sondern mehr auf Ausbildung der Menschen in NRW zu setzen.



## Syrische Mitbürger in NRW

*Auf seiner Europareise hat der Informationsminister der Arabischen Republik Syrien, Adnan Omran (2. v. l.), Station im Landtag gemacht und dabei mit Landtagspräsident Ulrich Schmidt und dem GRÜNEN-Abgeordneten Jamal Karli (l.) ein Gespräch über die Situation der syrischen Mitbürgerinnen und Mitbürger in NRW geführt. In seiner Begleitung: der syrische Botschafter Mohamed Walid Hezbor (v. r.) vor dem begleitenden Dolmetscher.*

*Foto: Schälte*

## FDP: Gesetzeslücke schafft Unsicherheit

### Debatte über Drogenpolitik

In ihrem Antrag (Drs. 13/1640), den das Plenum an den federführenden Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung und Abstimmung überwiesen hat, machen die Liberalen auf eine nach ihrer Meinung vorhandene Lücke im Betäubungsmittelgesetz (BtMG) aufmerksam. Nach der geltenden Rechtslage sei der Besitz geringer Mengen Drogen zum Eigengebrauch in Drogenkonsumräumen straffrei gestellt, nicht aber auf dem Weg zu diesen Räumen. Diese Unterscheidung führe bei der Polizei zu Rechtsunsicherheit, weil sie auf Grund des Legalitätsprinzips gehalten sei, bei Anhaltspunkten für eine Straftat einzuschreiten und etwa jede verdächtige Person auf dem Weg zum Drogenkonsumraum zu kontrollieren.

**Dr. Robert Orth** (FDP) erläuterte, mit der von seiner Fraktion angeregten Bundesratsinitiative solle für Polizei wie für Drogenkonsumenten Rechtssicherheit geschaffen werden. Wenn man wie die FDP eine aktive Drogenpolitik machen wolle und für Drogenkonsumräume als Versuch sei, dann müsse die Frage des Drogenbesitzes in Drogenkonsumräumen und in ihrem Umkreis geklärt werden. Das Strafrecht gelte

bundesweit einheitlich, „es kann kein lokales Strafrecht geben“. Darum ziehe der Hinweis im Entschließungsantrag von SPD und GRÜNEN — Drs. 13/1841 — auf die „bisher gescheiterten Ordnungspartnerschaften“ (Orth) nicht: Die Frage, ob sich jemand strafbar mache, könne nicht davon abhängen, ob eine Polizeibehörde mit einer Drogeneinrichtung eine Vereinbarung getroffen habe oder nicht.

**Hans-Willi Körfges** (SPD) fand das Anliegen „auf den ersten Blick nachvollziehbar“. Aber, so der Abgeordnete weiter: „Wer mangelnde Rechtssicherheit im Umkreis von Drogenkonsumräumen problematisiert und als Lösungsansatz eine unbestimmte Bundesratsinitiative anbietet, der muss sich fragen lassen, ob er damit tatsächlich zur Steigerung der Bereitschaft von Kommunen und Trägern beiträgt, Drogenkonsumräume einzurichten.“ Das BtMG sei erst letztes Jahr geändert worden. Schon jetzt das Resümee zu ziehen, wegen angeblicher Rechtsunsicherheit würden nur wenige Städte solche Räume einrichten, sei wenig überzeugend. Es seien „Mutmaßungen ohne tatsächlichen Hintergrund“, wenn immer wieder über Rechtsunsicherheit bei den Strafverfolgungsbehörden oder über die Tolerierung des Handels mit Betäubungsmitteln spekuliert werde.

**Rudolf Henke** (CDU) zog eine Bilanz der Zahl der Toten und Geschädigten durch den Konsum legaler und illegaler Drogen. Wer da

wirklich gegensteuern wolle, der müsse „zuerst und vor allem“ die Prävention bei Kindern, Jugendlichen, Eltern und Familien verstärken und die Fähigkeit wecken, „zu Angeboten, die allerorts im Alltag waren, nein sagen zu können“. Wo Fixerstuben eingerichtet worden seien, habe man eine Senkung der Zahl der Drogentoten feststellen können — ob diese Räume aber der einzige und wichtigste Ansatzpunkt für diese positive Entwicklung seien, müsse noch festgestellt werden. Henke schlug darum ein „System der Qualitätssicherung des Tätigwerdens dieser Fixerstuben“ vor. Dies und die Frage, auf welchem anderen Weg die Zahl der beklagenswerten Todesfälle zu reduzieren sei, gehörten in das Zentrum der Debatte.

**Sybille Haußmann** (GRÜNE) fand, nur vor Ort, per Ordnungspartnerschaft, könnten die Probleme gelöst werden. Das habe man in NRW getan. Man wolle gerade nicht, dass im Umkreis von Drogenkonsumräumen der Besitz von Drogen straffrei sei: „Wir wollen ja, dass die Polizei mit Augenmaß weiterhin die Szene beobachten kann.“ Jede weitergehende Regelung würde die Unsicherheiten der Polizei und der Staatsanwaltschaften nur auf eine andere Ebene verlagern. Zusammen mit dem Justizminister sei ihre Fraktion der Auffassung, dass es keinen Regelungsbedarf gibt.

**Justizminister Jochen Dieckmann** (SPD) konstatierte: „Wir haben in den bisher zugelassenen Drogenkonsumräumen nicht den kleinsten Funken Rechtsunsicherheit.“ Wenn es andere Meinungen gebe, dann „beruht das auf einer verengten Sicht der Dinge und der juristischen Zusammenhänge“. Bei verständiger systematischer Auslegung des Gesetzes werde zwingend vorausgesetzt, „dass Drogenabhängige einen Konsumraum aufsuchen und dort Drogen konsumieren können, ohne dass dies Anlass zur Einleitung von Ermittlungsverfahren ist“. Es gebe im Land klare Vorgaben, wonach Staatsanwaltschaften und Polizei den Betrieb von zugelassenen Drogenkonsumräumen duldeten und mit den Betreibern im Rahmen einer der vorgesehenen Ordnungspartnerschaften und der Grenzen zusammenarbeiteten, die Gesetz und Verordnung ziehen. Die Strafverfolgungsbehörden schritten bei ausreichenden Anhaltspunkten ein, dass die genannten rechtlichen Grenzen überschritten werden, vor allem bei dem Verdacht, es werde mit Betäubungsmitteln gehandelt.

**Peter Biesenbach** (CDU) sah ebenfalls keine Rechtsunsicherheit, sondern die Möglichkeit, „dass regional nach Notwendigkeiten darüber nachgedacht wird, wie das Hilfsangebot so angewandt werden kann, dass Schwerstabhängigen geholfen und dass der Handel unterbunden wird und dass damit eine vernünftige Drogenpolitik möglich ist“. **Dr. Ute Dreckmann** (FDP) bezog sich auf die Auffassung des Bochumer Polizeipräsidenten, der die Änderung der Rechtslage zur Einrichtung von Drogenkonsumräumen unter strafprozessualen Gesichtspunkten für so misslungen halte, dass er seine Beamten vor den Folgen der geschaffenen Rechtsunsicherheit schützen müsse. **Minister Jochen Dieckmann** (SPD) sagte darauf, man werde mit dem Polizeipräsidenten ein Rechtsgespräch führen müssen. **Barbara Steffens** (GRÜNE) erklärte, der Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen schaffe Klarheit und bringe Klärung.

## Gemeinsam für ein Fraktionsgesetz

Alle vier im Landtag vertretenen Fraktionen haben einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem die Rechtstellung der Fraktionen im nordrhein-westfälischen Landtag dezidiert umrissen werden soll — bisher waren die Modalitäten im Abgeordnetengesetz geregelt, das in diesem Zusammenhang geändert werden soll. Nach erster Lesung hat das Plenum einstimmig beide Gesetze an den Hauptausschuss zur weiteren Beratung überwiesen.

Mit dem Gesetz sei keine Erhöhung der Fraktionsfinanzierung verbunden oder beabsichtigt, stellte Carina Gödecke (SPD, linkes oberes Bild) fest. Es entspreche einem „zeitgemäßen und modernen Fraktionsverständnis, die Grundlagen der Fraktionsarbeit in einem Spezialgesetz zusammenzufassen — das schaffe noch mehr Klarheit und noch mehr Transparenz. Die Fraktionen könnten im Rahmen ihrer Aufgabenstellung über die Verwendung der Fraktionsmittel weitgehend autonom entscheiden; darum sei die Prüfung der Zweckmäßigkeit von Maßnahmen der Fraktionen ausgeschlossen. Heinz Hardt (CDU, links unten) griff diesen Aspekt auf, indem er sagte, die Aufgabenstellung einer Fraktion entspreche nicht den Gegebenheiten einer Behörde oder einer nachgeordneten Institution: „Von daher erstreckt sich die Prüfung des Landesrechnungshofs nicht auf die Willensbildung und Zweckmäßigkeit von Maßnahmen der Fraktionen“, sondern vielmehr



auf die bestimmungsgemäße und wirtschaftliche Verwendung der Zuschüsse. Alles in allem sei der vorliegende Entwurf „zielführend für unsere transparente Fraktionsarbeit“. Marianne Thomann-Stahl (FDP, Bild rechts oben) betonte, der Entwurf basiere auf einer doppelten Intention. Einerseits solle er die Fraktionsfinanzierung im Sinne von mehr Transparenz regeln, andererseits sichere er die Außenbeziehungen der Fraktionen gesetzlich ab. Fraktionen seien die wichtigste politische Gliederung des Parlaments und stellen



ein unverzichtbares, fest verankertes Instrument zur Sicherstellung der Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit des Parlaments dar. Für die GRÜNEN erinnerte Johannes



Rimmel (rechts unten) daran, seine Fraktion habe bereits 1992 einen Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht. Wenn jetzt, neun Jahre später, über die Materie beraten werde, dann werde eine Lücke geschlossen. Zugleich bedeute das aber nicht, dass NRW nicht hinterherhinke: „Wir geben vielmehr Signale, weil in dem von uns auf den Tisch gelegten Fraktionsgesetz durchaus Elemente enthalten sind, die in anderen Fraktionsgesetzen so nicht enthalten sind“ — etwa Parität der Geschlechter oder Regelungen für fraktionslose Abgeordnete. Fraktionen seien kein Disziplinierungsinstrument, sie stellten vielmehr eine Koordinierungs- und Bündelungsebene dar.



## Zeitplan für Aufnahme von Kinderrechten in die Landesverfassung gefährdet?

Der Hauptausschuss hat zum Abschluss seiner Haushaltsberatungen den Etat des Landtags mit einvernehmlich beschlossenen Änderungen einstimmig angenommen. So wurde in der Sitzung Ende November unter der Leitung des Hauptausschussvorsitzenden Edgar Moron (SPD) beschlossen, im nächsten Jahr die veranschlagten Mittel in mehreren Bereichen zu kürzen. Betroffen von diesen im Konsens aller vier Fraktionen gebilligten Einsparungen sind die Reisekosten der Abgeordneten, die Aufwendungen für die Beschäftigung von Mitarbeitern, die Versicherungsleistungen für Abgeordnete und ehemalige Abgeordnete sowie die Hinterbliebenenversorgung. Erhöhungen gab es für die Datenverarbeitung und bei den Zuwendungen für die kommunalpolitischen Vereinigungen – auch diesen Anträgen wurde im Konsens gefolgt.

Anders das Abstimmungsergebnis beim Haushalt des Ministerpräsidenten: Hier votierten die beiden Oppositionsfraktionen FDP und CDU gegen die Annahme. Mit der Mehrheit der beiden Koalitionsfraktionen SPD und GRÜNEN wurden die zahlreichen Änderungsanträge der Opposition abgelehnt und der Haushalt angenommen. Die Union verlangte unter anderem, weniger Geld für die Beratung der Landesregierung durch wissenschaftliche Fachkräfte aufzuwenden, bei der Anschaffung von Dienstkraftwagen zu sparen, die Aufwendungen für die Beauftragung eines Call-Centers im Rahmen des Bürgerinformationszentrums der Landesregierung zu kürzen. Ferner sollte nach Auffassung der CDU der Zuschuss für die Projekt Ruhr GmbH auf Null gestellt werden und die vorgesehene Kürzung bei den Mitteln für Europa- und Eine-Welt-Angelegenheiten halbiert werden. Sparmöglichkeiten sah die CDU-Fraktion ferner bei den vorgesehenen Mitteln für Veranstaltungen und Ausstellungen, die der Vertretung des Landes NRW beim Bund zur Verfügung gestellt werden sollen. All diese Anträge wurden abgelehnt. Dasselbe geschah mit dem Antrag der FDP-Fraktion, die es nach den Worten ihrer Sprecherin Marianne Thomann-Stahl gern gesehen hätte, wenn im Interesse des interkulturellen Dialogs die Beihilfen für Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsvereinigungen erhöht worden wären. Hier wies Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU) drauf hin, dass die Beziehungen des Landes zu den Religionsgemeinschaften auf klaren gesetzlichen Regelungen basierten; dieses System solle man nicht in Frage stellen.

Größeren Raum bei der Beratung des Haushalts des Ministerpräsidenten nahmen die Neubaupläne der Landesregierung im „Regierungsviertel“ in der Nachbarschaft des Landtags ein. Hier geht es im einzelnen um das Atriumgebäude neben dem Innenministerium, das das Ministerium für Städtebau, Wohnen, Kultur und Sport (MSWKS, Minister Dr. Michael Vesper, GRÜNE) aufnehmen soll und um den so genannten „Höhn-Tower“ für das Umwelt- und Landwirtschaftsministerium von Vespers Ressortkollegin Bärbel Höhn (GRÜNE). Ob der geplante Höhn-Tower mit seinen 60 Millionen Mark Baukosten in die politische Landschaft passe, wollte Werner Jostmeier (CDU) wissen: Wie könne die Landesregie-

rung einen Neubau realisieren, wenn es kein Geld gebe für Schulen, in die es hereinregne, wenn 6 000 Lehrer und 1 000 Polizisten fehlen? Staatssekretär Noack unterstrich in seiner Entgegnung, es würden nur Maßnahmen durchgeführt, die wirtschaftlich seien. Das MSWKS-Neubauvorhaben passe als Investitionsmaßnahme in die derzeitige Situation, denn mit dem Projekt sei eine Einsparung von 100 000 Euro jährlich verbunden. Dorothee Danner (SPD) fügte hinzu, die Investition sei auch mit Blick auf die nordrhein-westfälische Bauwirtschaft wirtschaftlich.

Finanzstaatssekretär Dr. Harald Noack teilte in diesem Zusammenhang mit, der Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes sei aufgefordert worden, für die Neubauten ein Standortkonzept vorzulegen, das entweder kostenneutral sei oder Einsparungen ermögliche. Die Landesregierung werde das Konzept dem Landtag vorlegen, sagte der Staatssekretär zu. Das sollte man abwarten, dann könne man weiter diskutieren, regte Thomann-Stahl (FDP) an.

Bei der Beratung des von allen vier Fraktionen vorgelegten Gesetzentwurfs zur Rechtsstellung der Fraktionen (Drs. 13/1766), den das Plenum auf seiner letzten Sitzung an den Hauptausschuss überwiesen hat, meldete sich die Präsidentin des Landesrech-

parteübergreifenden Konsens zu bemühen, reagierte der Vorsitzende Edgar Moron (SPD) auf die im Ausschuss geführte Debatte um die Aufnahme von Kinderrechten in die Landesverfassung (LV). Hier wurde von Sprechern der CDU deutlich gemacht, es sei derzeit in der Fraktion unstrittig, dass man keine Regelung über einen zusätzlichen Artikel 5a wolle. Vielmehr sei man der Auffassung, Artikel 6 der LV – er steht zusammen mit Artikel 5 in der LV unter der Überschrift „Die Familie“ und stellt die Jugend in den Mittelpunkt – sei so zu korrigieren, dass er alle Formulierungswünsche enthalte. Dazu nahm Staatssekretärin Cornelia Prüfer-Storcks vom Familienministerium mit der Bemerkung Stellung, es sei überwiegende Meinung in der Anhörung im Hauptausschuss zu diesem Thema gewesen, einen eigenständigen Paragraphen zu schaffen. Man sei zu einer Verständigung gern bereit, sagte Peter Biesenbach (CDU): „Aber wir werden keinem gesonderten Artikel zustimmen.“ Sein Fraktionskollege Werner Jostmeier ergänzte noch: „Wir werden auf den Begriff ‚sittliche Gefährdung‘ nicht verzichten.“ Ein zusätzlicher Artikel 5 a „entwertet alles, was gewollt wird“.

„Es wäre ein miserables Beispiel, wenn wir uns nicht auf einen verfassungskonformen



Einen weiten Bogen beschrieben die Themen der Hauptausschusssitzung Ende vergangenen Monats unter Leitung von Edgar Moron: Haushaltsberatung, Fraktionsgesetz und Änderung der Verfassung zur Aufnahme von Kinderrechten. Bei diesem Tagesordnungspunkt vertrat Staatssekretärin Cornelia Prüfer-Storcks (l.) die Landesregierung. Foto: Schälte

nungshofs NRW (LRH), Ute Scholle, beratend zu Wort. Zur Öffentlichkeitsarbeit der Fraktionen stellte sie klar, dass für deren Grenzen die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts maßgeblich sei: „Danach dürfen die Fraktionen keine Aufgaben übernehmen und mit Fraktionsmitteln finanzieren, die in den Aufgabenbereich der Parteien fallen“, meinte sie und erläuterte, dass etwa Werbemaßnahmen in den Bereich der Parteien, nicht aber in den der Fraktionen fielen.

Scholle knüpfte auch Vorbehalte an die vorgesehene Bestimmung, wonach das Prüfungsrecht des LRH dadurch begrenzt werde, dass er bei seiner Prüfung die besondere Rechtsstellung und die Aufgaben der Fraktionen zu beachten und die Zweckmäßigkeit der Maßnahmen der Fraktionen im Rahmen ihrer Aufgaben nicht zu prüfen habe.

Für den LRH folge daraus, fuhr die Präsidentin fort, „dass er nicht prüft, ob die von den Fraktionen gewählten Maßnahmen geeignet sind, das jeweilig selbst gesteckte politische Ziel zu erreichen“. Nach seinem verfassungsrechtlichen Prüfauftrag sei der LRH nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet, „Verstöße gegen die Zweckbindung sowie die Wirtschaftlichkeit und sonstige Ordnungsmäßigkeit der Mittelverwendung aufzudecken und zu beanstanden“.

Mit einem Appell, sich ernsthaft um einen

Weg einigen könnten“, entfuhr es da dem Ausschussvorsitzenden. Man sollte die Weihnachtszeit nutzen, „dass etwas Vernünftiges daraus wird“, mahnte Moron. Es sei nicht „gut“, wenn einer sage „So und nicht anders“ und wenn mutwillig Hindernisse aufgebaut würden, über die man nicht hinwegkomme. Auf diese Weise werde der Termin der Plenarberatung zu den Kinderrechten im Januar kommenden Jahres fraglich, befürchtete der Vorsitzende. Moron: Der Tagesordnungspunkt werde heute abgesetzt und wieder aufgerufen, „wenn die Fraktionen einen mehrheitsfähigen Vorschlag vorlegen“.

## Anhörung zum Feiertagsgesetz

Das vom Plenum in die Ausschussberatung überwiesene Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Sonn- und Feiertag (Feiertagsgesetz NRW, Gesetzentwurf der FDP-Fraktion, Drs. 13/1520) steht im Mittelpunkt einer öffentlichen Anhörung. Dieses Hearing führt der Hauptausschuss zusammen mit dem Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsreform am Donnerstag, den 14. März 2002 ab 10 Uhr durch.

## Expertengespräch im Januar

### Pipeline in Ecuador, Umwelt und WestLB

Die Finanzierung einer Ölpipeline durch Mittel der WestLB in Ecuador stand im Mittelpunkt der Sitzung des Ausschusses für Europa- und Eine-Welt-Politik am 26. November. Im Rahmen der Haushaltsberatungen lehnte die Koalitionsmehrheit einen von der FDP eingebrachten Änderungsantrag zur Reduzierung der Mittel für die Eine-Welt-Promotoren ab. In einem sehr interessanten Vortrag des Geschäftsführers des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED) Dr. Wilhelm erfuhr der Ausschuss von der umfangreichen Arbeit des DED und seiner 2 200 Mitarbeiter.

Staatssekretär Dr. Harald Noack (Finanzministerium) berichtete in Anwesenheit des ecuadorianischen Botschafters, ihm seien von der WestLB Teile der Umweltstudie eines Beratungsunternehmens zur Verfügung gestellt worden. Die Umweltstandards seien in den Weltbank-Richtlinien geregelt. In einem ihm von der Umweltschutzorganisation „Rettet den Regenwald“ zugegangenen Informationspapier würden, teilweise unter Bezugnahme auf einen Vertreter der Weltbank, Vorwürfe gegen die Betreiber des Pipeline-Projektes wie auch gegen die WestLB erhoben, die Umwelt-Richtlinien nicht einzuhalten. Die Landesregierung verfüge hinsichtlich des Pipeline-Projektes über keinerlei eige-

ne Erkenntnisse, sagte Dr. Noack. Für die Prüfung des Objektes seien in erster Linie die ecuadorianischen Genehmigungsbehörden zuständig. Dennoch begleite die Landesregierung das vereinbarte Geschäft aufmerksam. Der Umweltexperte der Weltbank erkläre die Zitate für unrichtig. Es gebe gar keine offizielle Bewertung der Weltbank. Vom 1. Vizepräsidenten des Nationalkongresses der Republik Ecuador sei die Landesregierung aufgefordert worden, sich aus dem Pipeline-Projekt zurückzuziehen. Dieser sei Oppositionspolitiker und Vertreter einer Ureinwohner-Partei im Parlament von Ecuador. Von daher sei sein Petition nachvollziehbar.

## Hoher Besuch aus der Slowakei Sorgen vor dem EU-Beitritt



Die stellvertretende Ministerpräsidentin der slowakischen Republik Maria Kadlecikova (2. v. l.) stattete dem Landtag im Rahmen ihres NRW-Aufenthaltes einen Besuch ab. Sie wurde von Landtags-Vizepräsidentin Edith Müller (l.) empfangen und führte mit Mitgliedern des Ausschusses für Europa- und Eine-Welt-Politik und der Vorsitzenden Ute Koczy (GRÜNE, r.) sowie Honorarkonsul Ivan Koval ein Gespräch über den Stand der EU-Beitrittsverhandlungen ihres Landes. Frau Kadlecikova berichtete über gegenüber ihrem Land immer wieder geäußerte Befürchtungen hinsichtlich der Arbeitsmigration und der Verbrechensbekämpfung. Sie wies darauf hin, dass beispielsweise das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in der Region Bratislava höher liege als im Durchschnitt der EU-Länder

und dass die Kriminalitätsrate in ihrem Land nicht aus dem europäischen Rahmen herausfalle. Die Slowakei kümmere sich sehr entschlossen um die Bekämpfung der Korruption. Zu den Befürchtungen hinsichtlich der EU-Außengrenzen äußerte sie, dass dies eine europäisch zu regelnde Angelegenheit sein müsse. Frau Kadlecikova zeigte sich wie auch die NRW-Politikerinnen und -Politiker optimistisch, dass die Slowakei innerhalb der nächsten zwei Jahre die Bedingungen des EU-Beitritts erfüllen werde und die slowakische Bevölkerung bereits im Jahre 2004 an den nächsten europäischen Wahlen mitwirken könne. Besonders hervorgehoben wurden Beispiele guter Zusammenarbeit zwischen der slowakischen Republik und Nordrhein-Westfalen. Foto: Schälte

Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) teilte mit, auch sie habe in den letzten Wochen eine Fülle von kritischen Zusendungen zum Engagement der WestLB in Ecuador erhalten. Die Vorwürfe im Hinblick auf die zu erwartenden ökologischen und sozialen Folgeschäden des Pipeline-Projektes seien gravierend. Da der Ausschuss um Informationen über die üblichen Verfahrensweisen der Weltbank gebeten habe, sei im Auftrag des Umweltministeriums eine gutachterliche Stellungnahme zu den Umwelt- und Sozialstandards der Weltbank vorgelegt worden. Eine weitergehende Studie der US-Organisation „Amazon Watch“ komme zum Ergebnis, dass die geplante Pipeline in Ecuador die relevanten Standards der Weltbank in wichtigen Punkten verletze. Die wachsende internationale Kritik könne dem Ansehen und den geschäftlichen Interessen der WestLB erheblichen Schaden zufügen. Es liege daher im wohlverstandenen Interesse der Bank, die Negativwirkungen der Pipeline von unabhängiger Seite sorgfältig prüfen zu lassen sowie öffentliche Transparenz herzustellen.

Der Ausschuss verständigte sich darauf, ein Expertengespräch in öffentlicher Sitzung im Januar zu organisieren. Hierzu sollen Vertreter von Ecuador, der WestLB, von Nichtregierungsorganisationen sowie ein unabhängiger Experte eingeladen werden.

## Frauenausschuss in Schweden

### Ombudsman: Gleichstellung als Regierungsbehörde

Bei einer Informationsreise des Ausschusses für Frauenpolitik unter Leitung der Vorsitzenden Gerda Kieninger (SPD) nach Stockholm und Göteborg stand am Anfang der Besuch bei dem Gleichstellungsbombudsman auf dem Programm.

Die Einrichtung „Ombudsman“ für die Gleichstellung wurde 1980 in Schweden geschaffen und ist eine unabhängige Regierungsbehörde, die dem Arbeitsministerium zugeordnet ist. Neben Information und Beratung besteht seine Aufgabe auch darin, die Einhaltung des Gleichstellungsgesetzes zu überwachen. Arbeitgeber mit mehr als zehn Beschäftigten sind durch das Gesetz unter anderem verpflichtet, einen Jahresplan zur Förderung der Gleichstellung zu erstellen.

Ein weiterer Punkt des Programms war ein Besuch des schwedischen Sozialministeriums, wo sich die Delegation über Familienpolitik in Schweden informierte. Dort erfuhr die Abgeordneten, dass es in Schweden ein so genanntes Schwangerschaftsgeld gibt, das werdende Mütter erhalten, die keine körperlich schwere Arbeit während der Schwangerschaft erledigen können. Das Elterngeld wird für 450 Tage gezahlt; es wird zu gleichen Teilen zwischen den Eltern aufgeteilt. Darüber hinaus haben Väter die Möglichkeit, für zehn Tage Erziehungsurlaub zu nehmen.

Die Ausschussdelegation besuchte auch die Volkshochschule für Frauen, die einzige, die in Schweden existiert. Diese wird von Frauen geleitet und ist nur für Frauen bestimmt. Bis auf einige Ausnahmen ist die Kursteilnahme kostenlos. Auch gibt es für Kursteilnehmerinnen eine Kinderbetreuung.

Thomas Grunwald

## Kontroverse Anträge zum Straßenbau und zu Flugplätzen

### Zwei neue Titel und zwei Sperrvermerke

*Der Verkehrsausschuss stimmte in der von Manfred Hemmer (SPD) geleiteten Sitzung am 29. November über Änderungsanträge aller vier Fraktionen zum Haushaltsplanentwurf ab und nahm mit den Stimmen der Mehrheit aus SPD und GRÜNEN den so geänderten Verkehrshaushalt 2002 im Einzelplan 08 an. SPD/GRÜNE legten neun, CDU und FDP je sieben Änderungsanträge vor.*

Die Beratung der Anträge verlief kontrovers. Erwartungsgemäß wurden die Änderungsanträge der Oppositionsfraktionen CDU und FDP abgelehnt. Einstimmig beschloss der Verkehrsausschuss auf Antrag von SPD und GRÜNEN, Fördermaßnahmen zur Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in Höhe von 17 Millionen Euro zeitlich zu strecken und anstelle des Baransatzes Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 13 Millionen Euro zu veranschlagen.

Zum Haushaltsansatz für den Metrorapid gab es ebenfalls einstimmig den Vorschlag, einen Sperrvermerk anzubringen, jedoch „mit Ausnahme von 14 Millionen Euro“ und mit der Erläuterung, das Ergebnis der vom Bundesverkehrsminister in Auftrag gegebenen Machbarkeitsstudie liege voraussichtlich Anfang des Jahres 2002 vor, der Landtag werde bis Mitte Februar über die Realisierung des Projekts entscheiden.

Heinz Hardt (CDU) fragte, wieso der Landtag vor dem Bund entscheide, der erst Mitte März entscheiden wolle. Peter Eichenseher (GRÜNE) meinte, ohne ein Finanzierungskonzept der Landesregierung werde der Landtag nichts entscheiden. Gerd Wirth (SPD) sagte, die SPD wolle eine Entscheidung des Landtags bis spätestens Mitte Februar. Auf die Frage von Christof Rasche (FDP), wofür die nicht gesperrten 14 Millionen Euro ausgegeben werden sollten, antwortete Minister Schwanhold: für vertiefende Arbeiten im Rahmen der Machbarkeitsstudie.

### Jugend-Kampagne

Ebenfalls auf Antrag von SPD und GRÜNEN beschloss der Ausschuss, in einer neuen Titelgruppe 250 000 Euro für eine Landeskampagne „Jugend und Mobilität“ zu veranschlagen. Die Kampagne „Umdenken — Umsteigen — neue Mobilität in NRW“ solle zielgruppenspezifisch unter dem Titel „you-move“ für Jugendliche weiterentwickelt werden. Peter Eichenseher (GRÜNE) bezeichnete die Kampagne als notwendig.

Bei der Verpflichtungsermächtigung (VE) für „Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen“ in Höhe von 6,9 Millionen Euro bei „Baumaßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Umweltschutzes auf Flugplätzen“ brachte der Verkehrsausschuss auf Antrag von SPD und GRÜNEN einen Sperrvermerk über 4,9 Millionen Euro an: „Die Inanspruchnahme bedarf der Einwilligung des Landtags.“ Zwei Millionen Euro können für Machbarkeitsstudien veranschlagt werden. Welche Landeplätze im Zuge der Umsetzung einer EU-Richtlinie ausgebaut werden sollten,

könne erst danach beurteilt werden, begründen SPD und GRÜNE die Änderung. Entscheiden werde der Haushalts- und Finanzausschuss. Nach Einwänden von Christof Rasche (FDP) und Gerhard Wächter (CDU), die geplanten Maßnahmen seien im vor zwei Wochen einstimmig verabschiedeten Luftverkehrskonzept 2010 enthalten und befänden sich schon in Genehmigungsverfahren, sagte Gerd Wirth (SPD), die zwei Millionen Mark reichten vorerst aus. Peter Eichenseher (GRÜNE) hielt eine gründliche Prüfung aller Ausbaumaßnahmen an den Landeplätzen für richtig. Anstatt unwirtschaftlicher Ausgaben solle der Ausschuss über eine sinnvolle Arbeitsteilung beraten. Der 100-Millionen-Euro-Ansatz sei ein Fass ohne Boden.

### Landeplätze

Für den Flughafen Münster/Osnabrück beantragte die FDP erfolglos einen neuen Titel mit einer VE über 45 Millionen Euro und begründete dies: Die Start- und Landebahn müsse auf 3 600 Meter ausgebaut werden, und das Land müsse ein Drittel der Kosten übernehmen, um den Nachteil der Region Westfalen im internationalen Wettbewerb auszugleichen.

Den Haushaltsansatz für Baumaßnahmen an Landesstraßen erhöhte der Verkehrsausschuss auf Antrag von SPD und GRÜNEN um 16,7 auf 76,7 Millionen Euro und den Ansatz für Radwegebau an bestehenden Landesstraßen um 1,1 auf 5,12 Millionen Euro. Beiden Koalitionsanträgen stimmte die CDU zu. Bernhard Schemmer (CDU) kritisierte allerdings das aus Vorjahren bekannte Vorgehen, im Entwurf erst Ansätze zu kürzen, um dann Erhöhungen im Landtag als Koalitionserfolge wieder einzu-

bringen. Christof Rasche (FDP) hielt Straßenausbau für wichtiger als Radwege. Für Radwegebau an kommunalen Straßen erhöhte der Ausschuss auf Antrag von SPD und GRÜNEN den Baransatz um 2,5 auf 12,5 Millionen Euro und legte in einem Haushaltsvermerk fest, dass die Erhöhung ausschließlich für das kommunale Radwegenetz eingesetzt werden dürfe. Zur Deckung von neuen Ausgaben kürzten SPD und GRÜNE die Zuweisungen des Bundes nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz um zehn auf 120,3 Millionen Euro. Einen neuen Titel mit einem Baransatz von zehn Millionen Euro beschloss die Aus-

schussmehrheit mit dem Vermerk, aus diesem Titel könne Straßenneubau aus Abstufung von Landesstraßen zu verkehrswichtigen kommunalen Straßen gefördert werden unter der Voraussetzung, dass die jeweiligen Gemeinden sich verpflichteten, die Baulastträgerschaft zu übernehmen. Gerhard Wächter (CDU) bezeichnete diesen neuen Titel als Zuckerbrot und Peitsche für die Kommunen und lehnte das angesichts der Situation bei den Kommunalfinanzen ab. Christof Rasche (FDP) sah das ebenso. Die Regierungskoalition versahen den neuen Titel mit der Begründung, Kommunen könnten damit dringende Maßnahmen bevorzugt umsetzen.

Beim Thema Landesmittel für den Straßenbau gingen die Meinungen zwischen Koalition und Opposition am weitesten auseinander. Sowohl die CDU als auch die FDP beantragten deutlich höhere Haushaltsansätze. Die CDU wollte den Ansatz für den Ausbau von Landesstraßen um 32 auf 92 Millionen Euro aufstocken. Ihr Sprecher Wächter: Der Rückstau bei notwendigen Investitionen könne auch damit nicht wesentlich verringert werden. Die FDP wollte die Landesmittel für Erhaltungsinvestitionen um 60 auf 108, für Um- und Ausbaumaßnahmen um 20 auf 30 sowie für den planmäßigen Ausbau um 70 auf 130 Millionen Euro aufstocken. Ihr Sprecher Rasche: Die Ansätze im Entwurf seien völlig unzureichend, es sei die reine Mängelverwaltung. Die Anträge wurden von der Mehrheit aus SPD und GRÜNEN abgelehnt. Ebenso der FDP-Antrag, für die private Vorfinanzierung von Bundesfernstraßen in NRW eine VE über 30 Millionen Euro in den Haushalt einzustellen. Hier lehnte auch die CDU ab, unter anderem weil, wie Günter Langen bemerkte, nicht alle Kommunen zu solcher Vorfinanzierung in der Lage seien. Minister Schwanhold hielt diesen Antrag für grob fahrlässig.



Gerd Wirth



Peter Eichenseher



Christof Rasche



Gerhard Wächter

Auch ein „grüner“ Antrag der CDU fand nicht die Zustimmung der Mehrheit. Sie wollte Zuschüsse für die kommunale Infrastruktur beim ÖPNV auch „für eine verbesserte Anbindung des Radwegenetzes an Haltepunkte des ÖPNV bis zu einem Gesamtvolumen von zehn Millionen Euro verwenden lassen und dafür einen Haushaltsvermerk anbringen. Bernhard Schemmer und Heinz Hardt (CDU) wiesen auf fehlende Anbindung, etwa des „Fahrrad-Doms“ in Münster, an den ÖPNV hin. Aber das Ministerium bestand auf absolut „gesetzestreu“ Verwendung der Regionalisierungsmittel des Bundes.



Von der Herstellung der Talent-Züge in der Aachener Waggonfabrik Bombardier (früher Talbot) und von den hohen Endmontage-Kapazitäten verschaffte sich der Verkehrsausschuss einen Eindruck, Mitte: Vorsitzender Manfred Hemmer (SPD). Foto: Krömer

## Große Schienenpläne in der Euregio

Der Verkehrsausschuss fuhr Ende November ab Stolberg-Altstadt mit der neuen Euregiobahn nach Aachen. Dort wurde er von Oberbürgermeister Dr. Jürgen Linden (SPD) im Rathaus begrüßt. Nach einer von Vorsitzendem Manfred Hemmer (SPD) geleiteten Sitzung besuchte der Ausschuss die Firma Bombardier Transportation Talbot, Hersteller der Fahrzeuge der im Juni eröffneten grenzüberschreitenden Euregiobahn Stolberg-Aachen-Heerlen.

Im Aachener Rathaus begrüßten den Ausschuss auch der stellvertretende Landrat des Kreises Aachen Körfer und die langjährige GRÜNEN-Sprecherin im Verkehrsausschuss Gisela Nacken, jetzt De-

zernentin in der westlichsten NRW-Großstadt (260 000 Einwohner). OB Dr. Linden sprach in seiner Begrüßung zwei Themen an: die Sorge um die Arbeitsplätze bei der Firma Talbot und die Freude

über die erfolgreich eingeführte Euregiobahn. Für Letzteres ging auch sein Dank für die Zusammenarbeit mit dem Kreis und die Unterstützung des Ausschusses und der Landesregierung. Manfred Hemmer teilte mit, im Jahr 2002 werde das Land beim öffentlichen Nahverkehr „noch eine Schippe drauflegen“: für den Ausbau, für die Infrastruktur und für die Zusammenarbeit. „Im ganzen Land solle es Euregiobahnen geben. Mit dem 90-prozentigen Zuschuss des Landes sei bei dem Zukunftsprojekt in der Euregio Rhein-Maas etwas Vorzeigbares geschaffen worden.

Hans-Joachim Sistenich, Geschäftsführer der Regiobahn-Gesellschaft, teilte Näheres mit. Mit den 3 200 Fahrgästen täglich sei die Betreiberin, die insgesamt 69 stillgelegte Streckenkilometer übernommen hat, sehr zufrieden. Für die erste Stufe habe sie sogar einen Innovationspreis erhalten. In der zweiten Stufe soll eine neue Teilstrecke gebaut und damit ein zweiter Flügel auf der hochbelasteten Strecke geschaffen werden. Noch mehr hat sich die Gesellschaft in weiteren Ausbaustufen vorgenommen, in denen unter anderem der Flughafen Merzbrück und die Innenstadt Aachen an den Schienenverkehr angebunden werden sollen.

### Halte-Boulevard

Aus Haltepunkten werden „Halte-Boulevards“ mit „hoher Aufenthaltsqualität“. Auch sollen mehr Güter auf die Schienen verlagert werden. Und die Vision ist eine „Dreiländerbahn“, die die Region Aachen mit den belgischen und niederländischen Provinzen Lüttich und Limburg verbindet. Bis dahin ist aber noch ein weiter Weg, wie Hans-Joachim Geupel (Regionalbahn Rheinland GmbH) erklärte, da Verkehrsplanung bisher ausschließlich auf nationaler Ebene erfolgt. So gibt es noch keine Übereinstimmung, ob Nachbarländer sich für „light trains“ oder für „light rails“ entscheiden. Auch ein grenzüberschreitendes elektronisches Ticket- und Informationssystem steht erst auf der Wunschliste.

Weniger erfreulich hörten sich die Informationen bei der Waggonfabrik Talbot an, dem ältesten Familienbetrieb in Deutschland, der allerdings 1995 vom kanadischen Konzern Bombardier übernommen wurde. Talbot ist einziger Standort in den alten Bundesländern, und elf deutsche „Töchter“ unter 27 in 14 europäischen Ländern sind Bombardier zuviele. Aber Talbot hat nach dem Auftragsloch im „Tal der Tränen“ 1999 jetzt gefüllte Auftragsbücher bis 2004. Im Aachener Werk wird nur noch Endmontage vorgenommen. Außer dem „Talent“ für die Euregio werden Wagen für die Kölner Straßenbahn, für Norwegen und die Niederlande gebaut.

Besorgte Fragen aus dem NRW-Ministerium und dem Ausschuss nach Zukunftsplänen des Konzerns beantwortete Geschäftsführer Hartmut Benz: zurzeit kein Handlungsbedarf, aber „wachsam bleiben“. Er appellierte an die Politik, für mehr Standards zu sorgen, und wies auf ständiges Benchmarking der gesamten Kalkulation hin. Der Planungsvorlauf für kleine Aufträge sei zu lang und der Aufwand zu hoch. Auch die in vier Jahren bevorstehende europaweite Liberalisierung des Nahverkehrs wurde angesprochen. Die Beschaffungspolitik müsse kontinuierlich gestaltet werden, verlangen die Waggonhersteller. Kapazitäten seien ausreichend vorhanden.

### Kommunalausschuss

#### Nachverhandlungsverbot in der Diskussion

Der Ausschuss für Kommunalpolitik vertrat in der von Jürgen Thulke (SPD) geleiteten Sitzung am 28. November die Abstimmung über den Gesetzentwurf von SPD und GRÜNEN zur Aufnahme von Kinderrechten in die Landesverfassung wegen weiteren Beratungsbedarfs und lehnte den CDU-Antrag, Chancen der Globalisierung für den Mittelstand zu nutzen, ab.

Ewald Groth (GRÜNE) meinte jedoch, vom Nachverhandlungsverbot bei öffentlichen Auftragsvergaben könne man abgehen, wie von der CDU vorgeschlagen. Manfred Palmén (CDU) verteidigte das Begehren seiner Fraktion mit dem Hinweis, das Verbot koste die Städte und Gemeinden sehr viel Geld. Auf die Kommunen kämen wegen der Finanznot Dinge zu, „die wir noch nie erlebt haben“. Fünf Prozent könnten bei Nachverhandlungen herausgeholt werden.

Die weitere CDU-Forderung, die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen auf „dringende öffentliche Zwecke“ einzuengen, fand keine Zustimmung bei den Koalitionsfraktionen. Heinz Wirtz (SPD): Mittelstandsförderung finde sichtbar und in hohem Maße statt.

### Bahn-Kommission

#### Fahrzeugpool nicht notwendig

Einen (staatlichen) Fahrzeugpool zur Koordinierung der Fahrzeugbeschaffung der neun NRW-Nahverkehrs-Zweckverbände hält die Kommission „Zukunft der Bahn in NRW“ nicht für notwendig. Das sagte der frühere NRW-Verkehrsminister Franz-Josef Kniola (Foto), der als Vorsitzender der Kommission dem Verkehrsausschuss die Empfehlungen erläuterte (siehe auch Seite 1).



Großes Problem in NRW sei, dass das Schienennetz schon am Ende der möglichen Belastung sei, mit teilweise mehr als 180 Zügen pro Tag. Jede kleine Störung wirke sich lawinenartig aus. Auch die Kapazität der Bahnknoten Köln, Oberhausen und Dortmund müsse erhöht werden. Das Land solle nicht nach Zugkilometern, sondern nach Personenkilometern fördern. Kniola riet davon ab, Strecken mit Millionenaufwand aufrechtzuerhalten. Man müsse auch den Mut haben, Strecken zu schließen.



Peer Steinbrück

CDU-Sprecher Helmut Diegel (Foto r.) stützte den Vorwurf, die Investitionsquote unterschreite die Neuverschuldung, zusätzlich auf das inzwischen bekannt gewordene Rückzahlungsgebot von Erdölsubventionen durch das Land Niedersachsen, wodurch im Rahmen des Länderfinanzausgleichs eine weitere Haushaltsbelastung für NRW in mehrstelliger Millionenhöhe zukomme. Nachdem er außerdem die Abwesenheit des Staatssekretärs bei der entscheidenden 2. Lesung und das Beratungsverfahren kritisiert hatte, erklärte sich der Minister bereit, seinen Berlin-Flug zum Vermittlungsausschuss des Bundesrats zu verschieben. Bereits in der HFA-Sitzung am 29. November bemühte sich die Opposition vergeblich, den Finanzminister zu einer Reaktion auf das vom Bund der Steuerzahler vorgelegte Gutachten zu bewegen, wonach die NRW-Haushalte seit 1999 verfassungswidrig seien, weil Rücklagen für spätere Jahre in Milliardenhöhe mit zum Teil teuren Krediten gebildet worden seien. Helmut Diegel und Michael Breuer (beide CDU): Die Behauptung, die Rücklagen seien nicht kreditfinanziert, sei falsch. Die CDU schließe sich der Auffassung des Gutachters an. Angela Freimuth und Dr. Stefan Grüll (beide FDP) baten darum, die Bedenken im Interesse des Vertrauens der Öffentlichkeit durch die objektive Instanz LRH überprüfen zu lassen. Ernst-Martin Walsken (SPD) erklärte, es komme bei verfassungsgemäßer Haushaltsführung auf den Vollzug, nicht auf die Haushaltsaufstellung an. Finanzminister Peer Steinbrück sah keine Veranlassung, den LRH einzuschalten. Auch andere Bundesländer verfahren so wie NRW.

## Trotz Korrektur am Haushaltsentwurf 2002 hält die Union dem Finanzminister seinen Amtseid vor

In der von Volkmar Klein (CDU) geleiteten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 6. Dezember blieben auch nach mehr als zweistündiger Grundsatzdebatte die Meinungen von Koalition und Opposition kontrovers. Der Finanzminister und die Fraktionen der SPD und der GRÜNEN forderten die Opposition auf, wegen der von ihr behaupteten Überschreitung der Verfassungsgrenze beim Haushaltsentwurf 2002 Klage beim Landesverfassungsgerichtshof einzureichen. CDU und FDP verlangten eine Stellungnahme des Landesrechnungshofs (LRH), auch um ein langwieriges Gerichtsverfahren zu vermeiden. Zwei Tage zuvor hatte Finanzminister Peer Steinbrück (Foto l.) Umschichtungen in seinem Entwurf vorgeschlagen, denen die SPD zugestimmt hatte. Die CDU-Führung warf ihm vor der Presse vor, gegen seinen Amtseid zu verstoßen.

Die Rücklage sei aus Steuermehreinnahmen und durch Ausgabeminderung gebildet worden. In der Sitzung am 6. Dezember sagte er zu, dem Ausschuss seine Stellungnahme zu dem Gutachten zuzuleiten. Nach der neuesten Steuerschätzung hatte er kürzlich eine erhebliche Neuverschuldung von insgesamt 16,1 Milliarden Euro für 2001 und 2002 angekündigt. Die Kreditobergrenze werde jedoch im kommenden Jahr um 100 Millionen Mark unterschritten. In dem vom Bund der Steuerzahler vorgelegten Gutachten wird schon der Landeshaushalt 1999 für verfassungswidrig erklärt. Von den 2,9 Milliarden Mark nachträglich aufgenommener Schulden seien 792 Millionen Mark nachweisbar nicht ausgegeben worden. Auch in den Folgejahren habe die Rücklage ausschließlich dazu gedient, die verfassungsrechtlichen Kreditobergrenzen zu umgehen, so der Bund der Steuerzahler. Der Haushalts- und Finanzausschuss widmete sich anschließend den Änderungsanträgen aus allen vier Fraktionen (Bericht folgt).



Helmut Diegel

Bei der Aussprache über den elfseitigen CDU-Antrag „Chancen der Globalisierung für den Mittelstand nutzen“ (Drs. 13/1481) mit einer Zustandsbeschreibung und 15 Folgerungen wiesen die Sprecher der Fraktionen auf die „versöhnliche“ Plenardebatte vom 15. November hin. Im Rahmen eines Mittelstandsgesetzes fordert die CDU auch eine „Mittelstandsverträglichkeitsprüfung“, wonach künftig alle Gesetze, Verordnungen und Erlasse auf mögliche Belastungen für den Mittelstand überprüft werden sollten. Christian Weisbrich (CDU) sah einen „Riesen-Deregulierungsbedarf“. Dr. Gerhard Papke: Das Mittelstandsgesetz werde der „Lackmustest“ für die Mittelstandspolitik der Landesregierung. Werner Bischoff (SPD) versprach, Anregungen der CDU aufzunehmen, aber auch Vorschläge abzulehnen. Axel Dirx (SPD) fand die im CDU-Antrag festgestellten Bürokratie-Kosten interessant. Die CDU benennt für einen 20-Mann-Betrieb jährlich 2000 Mark pro Mitarbeiter für Bürokratie gegenüber 300 Mark für Großbetriebe. Rüdiger Sagel (GRÜNE) unterstützte die CDU-Forderung, dass die öffentlichen Auftragsvergaben mittelstandsfreundlich sein müssten, hielt aber vieles andere für bereits umgesetzt und warb für sozialökologische Förderung.

## CDU-Antrag im Wirtschaftsausschuss

### „Mittelstandsverträglichkeitsprüfung“

In der von Dr. Helmut Linssen (CDU) geleiteten Sitzung am 28. November stimmte der Wirtschaftsausschuss über Änderungsanträge aus den Fraktionen zum Haushaltsentwurf des Einzelplans 08, Bereich Wirtschaft, ab. Die Abstimmung über den CDU-Antrag „NRW muss Chancen der Globalisierung für den Mittelstand nutzen“ (Drs. 13/1481) wurde auf den 20. Februar 2002 vertagt, auch um den Regierungsentwurf eines Mittelstandsgesetzes abzuwarten, der noch im Dezember den Landtag erreichen soll.

Zum Haushaltsentwurf 2002 beschränkten sich die Koalitionsfraktionen SPD und GRÜNE auf Änderungen bei Verwendungsnachweisen zugunsten von Frauen und Mädchen bei Ausgaben für berufliche Weiterbildung im Ressort des Arbeitsministers. Im Einzelplan 08 stellten sie klar, dass Infrastrukturinvestitionen an Flugplätzen mit Landesmitteln nur zur Erhöhung der Flugsicherheit und zum Umwelt- und Naturschutz gefördert werden. FDP-Anträge, die Haushaltsansätze für die Meistergründungsprämie und für die Förderung der Außenwirtschaft und der Ausbildung von Fachkräften in Mittel- und Osteuropa zu erhöhen, wurden abgelehnt, ebenso ihre Anträge, das Technologieprogramm Bergbau, die Mittel für rationelle Energienutzung und für ein

Mittelstands-Begleitprogramm zu kürzen. Die SPD-/GRÜNE-Mehrheit lehnte Anträge von CDU und FDP ab, die zur Wirtschaftsbelebung in NRW beitragen sollten. In ihrem Antrag „Schluss mit der Politik der eingeschlafenen Hand“ (Drs. 13/1516) verlangt die CDU unter anderem, für einen wirtschaftlichen Aufbruch einen Niedriglohnssektor mit Einsatz von Steuermitteln zu organisieren bei Wegfall der 630-Mark-Regelung. Die steuerliche Benachteiligung von Personengesellschaften und der Kollaps bei den Sozialversicherungssystemen sollen behoben werden. Auch soll „der angeschlagenen Bauwirtschaft“ geholfen werden. Im von der FDP verlangten Reformpaket befinden sich ähnliche und weitergehende Vorschläge.

## Gentechnik: Koalition und CDU gehen zusammen

### Liberaler gegen gemeinsames Papier

*Über die Gentechnik hat Ende November der Ausschuss für Wissenschaft und Forschung unter seinem Vorsitzenden Joachim Schultz-Tornau (FDP, siehe Bild) diskutiert. Dazu lag dem Ausschuss ein Antrag der CDU (Drs. 13/1299-neu) und in Verbindung damit ein Entschließungsantrag von SPD und GRÜNEN (Drs. 13/1733) vor.*

Manfred Kuhmichel (CDU) sagte, der vorliegende Antrag sei der Rest eines großen Antragspakets, das schon teilweise abgehandelt sei. Die Landtagsdebatte zur Gentechnik am 20. Juni 2001 sei denkwürdig, die Bandbreite der Redebeiträge sei sehr groß gewesen. Sie wäre auch „würdevoll“ geblieben, wenn es nicht Ärger mit dem Entschließungsantrag der FDP gegeben hätte. Die CDU-Fraktion halte nichts davon, vor der Entscheidung des Bundestages im Januar nächsten Jahres vorzupreschen. Der heute vorliegende Entschließungsantrag der Regierungskoalition binde die Regierung nicht so, „wie wir das gerne hätten“. Die CDU wäre aber einverstanden, den Koalitionsantrag als Ergänzung zu ihrem eigenen Antrag zu akzeptieren, wenn in Punkt 3 eine Änderung

vorgenommen werden könnte. In diesem Fall könnte die CDU zustimmen.

Dietrich Kessel (SPD) betonte, man könne sich nicht immer nur auf das Argument zurückziehen: „Wir brauchen mehr Zeit zum Nachdenken.“ Es müssten auch Entscheidungen getroffen werden. Alle Argumente pro und contra seien auf dem Tisch. Er könne sich nicht erinnern, dass bei einem anderen Thema das Für und Wider so ausführlich diskutiert worden sei wie bei der Gentechnik. Bei der von der CDU vorgeschlagenen Änderung sei seine Fraktion gesprächsbereit. Für die FDP stellte Joachim Schultz-Tornau fest, der in der Juni-Debatte vorgelegte Antrag der FDP sei nicht unwürdig gewesen.



Das Projekt Haifa — Bonn sei gut vertretbar, weil die Stammzellenlinien aus überzähligen Embryonen stammten.

Dr. Ruth Seidel (GRÜNE) stellte fest, ihre Fraktion habe sich für eine „deutliche ethische Grenzziehung“ ausgesprochen. Wichtig sei eine weltweite internationale Übereinstimmung in dieser Frage.

Rudolf Henke (CDU) sagte, er sei sich mit Landtagspräsident Ulrich Schmidt einig, dass man nochmal eine Debatte darüber brauche, wie sich NRW verhalte, wenn der Bundestag im nächsten Jahr über diese Frage entschieden habe. Er halte es für nicht begründbar, die Würde des Menschen durch andere Werte „auszuhebeln“.

Wissenschaftsministerin Gabriele Behler (SPD) meinte, die rechtliche Bewertung scheine ihr eindeutig zu sein. Es müsse Aufgabe sein, Verfahrensregeln zu verabreden, die einen großen gesellschaftlichen Konsens ermöglichen. Sie halte es für „außerordentlich wichtig“, die internationalen Dimensionen nicht aus den Augen zu verlieren.

Manfred Kuhmichel (CDU) machte den Vorschlag, den Antrag der CDU auf den Punkt „Der Landtag fordert auf ...“ zu reduzieren. In Punkt drei solle dann der Zusatz „... insbesondere auch embryonaler Stammzellen ...“ eingefügt werden. Dadurch habe man einen neuen gemeinsamen Antrag. — Nach kurzer Beratung stimmten SPD, CDU und GRÜNE dem neu formulierten Antrag zu, die FDP stimmte dagegen.

## „Es droht Verlust unwiederbringlicher Kulturgüter“

### Archive kämpfen mit schweren Problemen

*Die Landesregierung hat dem Kulturausschuss des Landtags (Vorsitzende Dr. Renate Düttmann-Braun, CDU) den Bericht über die Organisationsuntersuchung der Staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen zugeleitet. Darin stellt die mit der Untersuchung beauftragte Unternehmensberatung fest, dass an drei von vier Archivstandorten erheblicher Handlungsbedarf besteht.*

Die Beratungsfirma hat von Dezember 1999 bis Mai 2000 im Auftrag des Arbeitsstabes Aufgabenkritik der Landesregierung das Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, das Staatsarchiv Münster, das Staats- und Personenstandsarchiv Detmold und das Personenstandsarchiv Brühl mit dem Auftrag unter die Lupe genommen, um die Aufgabenwahrnehmung zu optimieren und die Wirtschaftlichkeit der Archive — unter Berücksichtigung der Interessen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, der Motivationslage und Arbeitszufriedenheit sowie der Gestaltung der Arbeitsabläufe — zu verbessern. Die Landesregierung hat Mitte des Jahres den Bericht zustimmend zur Kenntnis genommen und ihn anschließend an den Landtag weitergeleitet.

In dem Bericht findet sich unter anderem die Aussage: „Die Untersuchung hat ergeben, dass an drei von vier Standorten ein erheblicher Handlungsbedarf besteht. An den Standorten Düsseldorf und Münster ist dieser besonders dringlich. Strategische Neu- und Erweiterungsplanungen bzw.

Baumaßnahmen erfolgten an den zuletzt genannten Standorten vor ca. 25 Jahren mit einer Orientierung bis zum Jahr 2000. Neue Konzepte sind bisher nicht entwickelt worden, ihre Ausarbeitung hat äußerste Dringlichkeit, da die Magazine bis an die Kapazitätsgrenzen „vollgelaufen“ und weitere Übernahmen fast nicht mehr möglich sind“.

Daher empfehlen die Gutachter neben kurzfristigen Übergangslösungen für Düsseldorf zeitnah die Erarbeitung eines kurz-, mittel- und langfristigen strategischen Gesamtkonzeptes für alle Standorte, „das neben dem Magazinbedarf auch Lösungsansätze für die erheblichen Probleme auf den Gebieten Restaurierung und Konservierung sowie weitere archivfachliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen berücksichtigt“. Die Strategien müssten auch die verschiedenen Möglichkeiten der Erweiterung der Kapazitäten einbeziehen.

Was die Organisation angeht, so wird angeregt, alle Staats- und Personenstandsarchive in einer dem zuständigen Fachministerium (Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport, MSWKS) nachgeordneten Landesarchivverwaltung im Sinne eines Landesbetriebs zu bündeln. Zusätzlich sollte dabei in den Archiven auf eine Hierarchieebene verzichtet werden.

Nicht im Rahmen der Untersuchung seien, so die Autoren, grundsätzliche Probleme zu lösen, auf die man gestoßen sei: erhebliche Raum- und Kapazitätsprobleme, große, über einen längeren Zeitraum entstandene Arbeitsrückstände und ein umfangreicher Restaurierungs- und Konservierungsbedarf — „verbunden mit der Gefahr des unwiederbringlichen Verlustes von historischen Kulturgütern“.

Zum letzten Punkt ist in dem Papier nachzulesen, in den Archiven lagerten Urkunden, Siegel, Akten, Karten, Handschriften und Bilder, die zum Teil bis in das Jahr

800 zurückgingen. Der vorgefundene Restaurierungsbedarf sei bei 26 300 Siegeln, 3 375 Pergamenturkunden und 4 000 Kartons Akten vor 1850 als sehr kritisch anzusehen. Was die Konservierung angehe, so sei der Aufwand für die im Rahmen der Bestandspflege zu leistende (Massen-)Entsäuerung der Dokumente nach 1850 durch die Archive nicht zu erbringen und liege auch „jenseits jeder Betrachtungsgröße“. Die Gutachter stellen fest: „Die Entsäuerung bedarf einer grundsätzlichen politischen Entscheidung.“

Inzwischen hat das Ministerium eine Arbeitsgruppe installiert, die sich der Umsetzung der gutachterlichen Vorschläge widmet; ihr gehören Vertreterinnen und Vertreter aller Archive an. Auf der Grundlage von Konzeptvorschlägen in den fünf Hauptfeldern (Entwicklung der künftigen Aufbauorganisation, Archivierungsmodelle, Raumbedarf im Magazinbereich, integratives Bestandshaltungskonzept und Personal und Stellenplanentwicklung) soll die Arbeitsgruppe bis zum 1. März kommenden Jahres Entscheidungsvorschläge dem Kabinett vorlegen. Sie werden sich erstrecken auf die künftige Aufbauorganisation des nordrhein-westfälischen Archivwesens, die Entwicklung eines strategisch archivfachlichen Konzepts zu den Themen Archivieren, Restaurieren und Konservieren sowie ein mittel- und langfristiges Konzept zur Raumbedarfsplanung und -deckung.

Das zuständige Ministerium beziffert die nachgewiesenen Bedarfe mit jährlichen Personalkosten in Höhe von 3,6 Millionen Mark. Für Datenverarbeitungsplätze müssten 180 000 Mark veranschlagt werden. Darüber hinaus fielen Investitionen für eine zentrale Restaurierungswerkstatt an, die schwer zu schätzen seien: Baden-Württemberg habe dafür als Vergleich rund sechs Millionen Mark investiert.

## Für Olympia in NRW sollen Menschen und Sponsoren gewonnen werden

Der Sportausschuss hat sich in seiner von Gisela Hinnemann (CDU) geleiteten Sitzung Ende November über den Stand der Olympiabewerbung der Rhein-Ruhr-Region für das Jahr 2012 durch Sportminister Dr. Michael Vesper (GÜRÜNE) unterrichten lassen.

Dabei betonte Vesper, er begrüße die Entscheidung des Nationalen Olympischen Komitees (NOK) vom 3. November, sich für die Ausrichtung der Olympischen Spiele für das Jahr 2012 zu bewerben. Es gebe Kriterien, die die Bewerberstädte erfüllen müssten. Wesentlich sei aber die Sportinfrastruktur. Dazu habe die Landesregierung ein „Sportstättenkonzept“ vorgelegt. Die Mountainbike- sowie die Hockey-Wettkämpfe seien noch keiner Stadt zugeteilt worden. Die Zeitkonzeption sehe vor, bis zum 31. Dezember 2001 ein „letter of intent“ (Absichtserklärung) beim NOK abzugeben. Bis zum 15. Mai 2002 werde die Bewerbungskonzeption vorgelegt. „Es muss uns gelingen, dass das Feuer der Begeisterung überspringt“, betonte Vesper mit Blick auf die Menschen in NRW. Für

das Sponsoring sei der Kontakt zur Wirtschaft wichtig.

Im Anschluss an die Ausführungen des Ministers regte Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) an, die von der Unternehmensberatung Roland Berger anlässlich der Sportmesse in Köln präsentierte Konzeption an den Ausschuss weiterzureichen. Dies sagte Minister Vesper zu.

Dr. Frank Freimuth (SPD) stellte fest, es werde darauf ankommen, die Bevölkerung zu mobilisieren. Vom Minister wollte er wissen, welche Konzepte dafür im Ministerium vorgesehen seien. Dieser betonte, die Unterstützung der Bevölkerung sei ein ganz „großes Pfund“. Dazu werde Geschäftsführer Mai in seinen Ausführungen etwas sagen. Für die GRÜNEN betonte Ewald Groth ebenfalls die Wichtigkeit, die Bevölkerung für Olympia in der Region zu mobilisieren.

Für die Geschäftsführung der Olympia Rhein-Ruhr GmbH nannte Gerd Mai vier Kernziele, die die Gesellschaft habe:

- Die Olympia Rhein-Ruhr GmbH wolle ein überzeugendes Konzept für das NOK abliefern.
- Auf dieser Grundlage wolle man um Unterstützung bei den Sportverbänden und beim NOK werben
- Man wolle eine breite Öffentlichkeitsarbeit betreiben, um eine „große Begeisterung zu wecken für Olympia an Rhein und Ruhr“
- Es solle die Unterstützung von Partnern

aus der Wirtschaft gesucht werden, die sich für Olympia engagieren.

Dr. Annemarie Schraps (CDU) merkte an, ein Gespräch mit Wirtschaftsvertretern in Essen habe zu Absichtserklärungen der Wirtschaft hinsichtlich des Sponsoring geführt. Sie verband mit diesem Hinweis die „herzliche“ Bitte um Sympathiewerbung im Plenum, da „der eine oder andere Kollege“ noch nicht von der Olympiabewerbung überzeugt sei. Mai betonte, man müsse deutlich machen, dass alle Städte und Kreise in NRW von Olympia profitieren würden und nicht nur die Austragungsorte der Spiele.

Er habe noch nichts zum Gesichtspunkt Umwelt und Nachhaltigkeit gehört, merkte Dr. Hans Kraft (SPD) an. Dazu bemerkte Mai, der olympische Gedanke sei das Fundament, der Dialog der Kulturen sei wichtig. Die Umwelt werde „auf keinen Fall“ vernachlässigt, sie sei Bestandteil des Konzepts.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) wollte wissen, ob es bei den positiven Signalen aus der Wirtschaft beim Sponsoring schon konkrete Zusagen gebe und wie es mit der Spendenbereitschaft insgesamt aussehe. Darüber hinaus interessierte sie, ob Firmen an einzelne Austragungsorte oder an die Olympia Rhein-Ruhr GmbH spenden wollten. Dazu antwortete Mai, in der Regel sollten die Spenden über die GmbH laufen, es seien keine direkten Spenden an einzelne Städte geplant.

## Opposition sorgt sich um Fortbestand der vier Polizeiinstitute im Lande

In einer Aktuellen Viertelstunde wollte die GRÜNEN-Fraktion wissen, wie die Datenerhebung des Bundeskriminalamtes (BKA) bei den Energieversorgungsunternehmen rechtlich zu bewerten sei. Innen-Staatssekretär Wolfgang Rlotte verwies auf Bundesrecht: Damit entziehe sich das Handeln des BKA einer rechtlichen Bewertung durch die Landesregierung. Der Leiter der Abteilung Polizei im Innenministerium ergänzte auf Nachfrage von Monika Düker (GRÜNE), es sei geklärt, dass die angeforderten Daten nur auf freiwilliger Basis zu liefern sind.

Die Landesbeauftragte für den Datenschutz Nordrhein-Westfalen, Bettina Sokol, berichtete, im Lande ansässige Unternehmen hätten sich in dieser Angelegenheit an sie gewandt. Nach ihrer Einschätzung läuft in NRW die Rasterfahndung ausschließlich aufgrund richterlicher Anordnung mit genauer Festlegung, welche Daten erhoben werden sollen. Das BKA habe in einem Folgeschreiben an die Unternehmen auf die Freiwilligkeit ihrer Mitarbeit hingewiesen. Dieses Verfahren richte sich im Übrigen nach den Vorschriften des Bundesdatenschutzgesetzes.

Mit der Einführung der zweigeteilten Laufbahn bei der Polizei hatten die Koalitionsfraktionen festgestellt, dass neben den dafür aufzubringenden Kosten weitere zusätzliche Stellen nicht finanzierbar sind. Stellenplanausweitungen aber hält die CDU-Fraktion für erforderlich, weil Objektschutzmaßnahmen nach dem Attentat in New York, die Aktivitäten zahlreicher „Trittbrettfahrer“ und ein personeller Fehlbestand die Vollzugsbeamten und -beamtinnen an den Rand ihrer Belastbarkeit ge-

*Unter Leitung des Vorsitzenden Klaus Stallmann (CDU) hat sich der Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform mit Fragen der Inneren Sicherheit befasst. Neben dem Abschluss der Haushaltsberatungen zum Einzelplan des Innenministers standen mit einigen Änderungsanträgen, vornehmlich zum Kapitel „Polizeibehörden“, die Themen Rasterfahndung, Stellenplanausweitung und Entlastung der Polizei im Mittelpunkt der Diskussionen.*

führt hätten. Während die FDP mit einem eigenen Antrag forderte, Möglichkeiten zu prüfen, ob speziell ausgebildete Angestellte Aufgaben im Objektschutz — wie auch von der CDU verlangt — und in anderen Bereichen wahrnehmen könnten, fordert die CDU zusätzlich, kein Personal mehr abzubauen und Stellenplanausweitungen bei der Polizei vorzunehmen.

Der innenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Horst Engel, betonte, eine „Polizei light“ sei nicht gewollt. Aber die Frage, ob einige zusätzliche Aufgaben nicht auch durch Angestellte wahrgenommen werden könnten, sei nach hinreichender Prüfung zu bejahen. Theo Kruse (CDU) wies auf die im Etat des Justizministers ausgewiesenen Mittel für private Sicherheitskräfte hin und hielt einen vergleichbaren Weg im Polizeibereich wenigstens eines Versuches wert.

Hans-Peter Meinecke (SPD) erinnerte an den mühsamen Weg bis hin zur Einführung der zweigeteilten Laufbahn. Mit der

Aufstellung der von der FDP geforderten Einheit könnte der Eindruck entstehen, auf Umwegen solle der mittlere Dienst bei der Polizei wieder eingeführt werden. Er appellierte an die Opposition, einen gemeinsamen Weg zu suchen, um die Grundbelastung der Polizei zu reduzieren.

Damit wurden der Antrag der CDU-Fraktion Stellenplanausweitungen für Polizeibeamtinnen und -beamte ermöglichen, Angestellte für den Objektschutz einstellen (Drs. 13/1727) und der Antrag der FDP-Fraktion Polizei entlasten (Drs. 13/1709) mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen abgelehnt.

Um den Fortbestand der vier bestehenden Polizeiausbildungsinstitute in NRW sorgt sich die CDU-Fraktion. Ausschussvorsitzender Klaus Stallmann (CDU) wollte wissen, welche Aufgaben die Institute zukünftig durchführen und welche zusätzlichen Aufgaben übernommen werden sollten, um die Standorte zu sichern. Weiter: Welche Standorte sollen aufgegeben werden, und ist an eine eigene Fachhochschule der Polizei in NRW gedacht? Zu diesen Fragen erklärte das Innenministerium, es gebe Überlegungen zu bestimmten Modulausbildungen an den Instituten; es sei keine eigene Fachhochschule geplant. Auch die Kapazitätsfrage sei noch nicht abschließend geprüft. Die Anregungen aus dem Ausschuss, Angebote der Lehrenden zur Übernahme zusätzlicher Aufgaben durch die Institute und Überlegungen zur Nutzung brachliegender Kapazitäten einzubeziehen, werden aufgegriffen. Die Frage, ob alle vier Institute fortbestehen werden, konnte nicht beantwortet werden.

Wolfgang Fröhlecke

# Vor 35 Jahren: Zweites konstruktives Misstrauensvotum hat Erfolg

„Sie haben sich auf der Landkarte vertan: Wir sind hier nicht in Bonn, sondern in Düsseldorf“, rief Karl Arnold vier Tage vor seiner Ablösung seinen politischen Gegnern zu, die ihre Forderung nach einem politischen Wechsel in Düsseldorf ganz offen mit bundespolitischen Argumenten begründeten. Arnolds Gegner waren in diesen Tagen nicht nur die Sozialdemokraten mit ihrem Fraktionsvorsitzenden Fritz Steinhoff. Auch in den Reihen des Koalitionspartners FDP regte sich Widerstand gegen die Absicht von Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU), ein reines Mehrheitswahlrecht einzuführen: Das hätte kleinere Parteien wie die FDP deutlich benachteiligt und vor die Existenzfrage gestellt. Einige jüngere FDP-Landtagsabgeordnete, die so genannten „Jungtürken“ um den späteren Bundespräsidenten Walter Scheel, wollten durch den Sturz der Regierung Arnold ein bundespolitisches Zeichen gegen Adenauer setzen. Auch der zweite Partner in Arnolds Koalition, das Zentrum, ging langsam aber sicher auf Distanz zum Regierungschef. Am 20. Februar 1956 war es dann so weit. In einer dramatischen Landtagssitzung stimmten 102 Abgeordnete für Steinhoff, 96 sprachen sich für Arnold aus, zwei enthielten sich. Nie hat man herausfinden können, was an den aufgekommenen Gerüchten dran war, die davon wissen wollten, die „Industrie“ habe aus Furcht vor einer möglichen Verstaatlichungspolitik der SPD einzelne FDP-Abgeordnete unter Druck gesetzt, nicht für Steinhoff zu stimmen. Von für diese Zeit phantastischen Bestechungssummen — 100 000 Mark — war dabei die Rede.

Zehn Jahre später war es auch wieder die Bundespolitik, die in das landespolitische Geschehen am Rhein hineinspielte. Nach dem Ausscheiden Adenauers aus seinem Amt hatten an Rhein und Ruhr die Wählerinnen und Wähler das Wort: Die Landtagswahl am 10. Juli 1966 machte die SPD zur stärksten Fraktion im Landtag. Sie erhielt 49,5, die CDU kam auf 42,8 Prozent; die FDP lag bei 7,4 Prozent. Trotzdem blieb Ministerpräsident Franz Meyers (CDU) mit seinem Koalitionskabinet — vorerst — im Amt. Er wollte zwar aufhören, einzelne FDP-Abgeordnete überredeten ihn jedoch weiterzumachen, so lange die CDU/FDP-Regierung in Bonn unter Ludwig Erhard (CDU) zusammenhielt. Die Koalitionsverhandlungen zwischen CDU und FDP in Düsseldorf liefen gut an, man war sich schnell einig; Ende Juli wurde Meyers von beiden Fraktionen zum Ministerpräsidenten

## Für Union in NRW endete eine fast zwanzigjährige Regierungszeit

*Der 20. Februar 1956 und der 8. Dezember 1966 rufen nicht bei jedermann auf Antrieb Erinnerungen an große Veränderungen in Nordrhein-Westfalen wach. Und doch: Vor genau 35 Jahren fand in diesem Bundesland das zweite Misstrauensvotum in der Geschichte des Landes statt; das erste hatte es zehn Jahre zuvor gegeben. Beide waren erfolgreich, in beiden Fällen wurden CDU-Ministerpräsidenten durch einen SPD-Kandidaten ersetzt. 1956 war es Fritz Steinhoff (SPD), der Karl Arnold (CDU) ablöste, ein Jahrzehnt später folgte Heinz Kühn (SPD) auf Franz Meyers (CDU).*

gewählt. Die stärkste Landtagsfraktion, die SPD, hatte das Nachsehen. Ihr blieb nur die Oppositionsrolle, aus der sie vier Monate später heraustrat. Was war der Grund? Nicht nur auf die Opposition musste die erste Regierungs-

erklärung Meyers' nach seiner Wahl wie ein Offenbarungseid wirken: In ihr stellte der Regierungschef die dringende Notwendigkeit umfassender Reformen in den Vordergrund. Auch innerhalb der CDU-Fraktion wuchs der Unmut. Als sie nach der parlamentarischen Sommerpause wieder zusammentrat, musste sie feststellen, dass Meyers noch immer keinen Justizminister ernannt hatte. Die Öffentlichkeitsarbeit der Regierung kam ins Gerede, Schwierigkeiten in der Haushalts- und Finanzpolitik zeichneten sich ab. Die Energiekrise machte deutlich, dass die Probleme, die an Rhein und Ruhr bei Kohle und Stahl herrschten und die Bevölkerung beunruhigten, vom Land NRW allein nicht zu bewältigen waren; von 1958 bis 1966 stiegen die Kohlehaldden unablässig, es kam zu Zechenschließungen. Und in Bonn überschlugen sich die Ereignisse, am 27. Oktober trat die Regierung Erhard zurück.

Damit ergab sich für Düsseldorf eine völlig neue Lage. Die Möglichkeit einer großen Koalition zeichnete sich ab. Die Fraktionsvorsitzenden beider Parteien, Heinz Kühn (SPD) und Dr. Wilhelm Lenz (CDU) saßen mehrmals in Gesprächen zusammen. Regierungschef Meyers erkannte die Gefahr und sprach sich ebenfalls für eine große Koalition nach Bonner Vorbild aus, er würde dann „ins Glied zurücktreten“, kündigte er an. Ende November votierte der CDU-Fraktionsvorstand gegen die Fortsetzung der

### Sehr geehrter Herr Präsident!

*Unter Bezugnahme auf Artikel 38 der Landesverfassung stellen die unterzeichneten Landtagsabgeordneten den Antrag, den Landtag für Dienstag, den 8. Dezember 1966, zur Behandlung des Ihnen übermittelten konstruktiven Misstrauensantrages einzuberufen. Betr.: Wahl des Abgeordneten Heinz Kühn zum Ministerpräsidenten.*

A collection of handwritten signatures in black ink, arranged in several columns. The signatures are of various styles, some legible and some more cursive. Names like 'Steinhoff', 'Kühn', 'Meyers', and 'Arnold' are visible, along with many other names of the time.

bestehenden kleinen Koalition und gab grünes Licht für offizielle Verhandlungen mit der SPD. Aber deren „Basis“, die Landtagsfraktion, war gegen eine große Koalition mit der CDU und beauftragte Kühn, in Verhandlungen mit den Liberalen einzutreten. In der FDP-Fraktion gab es starke Kräfte, die sich aktiv für eine Koalition mit den Sozialdemokraten einsetzten. Wieder war es Willi Meyer (FDP), der wie schon bei Steinhoff mit der SPD zusammenzugehen entschlossen war und die neue sozialliberale Koalition in Düsseldorf schmiedete. Mit Datum vom 6. Dezember wurde der Landtagspräsident gebeten, den Landtag zum 8. Dezember einzuberufen, um den konstruktiven Misstrauensantrag zur Abstimmung zu stellen (siehe Abbildung des unterschriebenen Antrags). Das geschah. Zwei Tage später wurde Heinz Kühn (SPD) mit der knappen Mehrheit von 101:99 Stimmen in das Amt des Ministerpräsidenten gewählt. Damit war das Ende der annähernd 20-jährigen Regierungszeit der CDU in Nordrhein-Westfalen gekommen.

Raphael Köllner/  
Martin Schaffartzik

# Koalition hält in Kulturpolitik an Motto fest: Fördern, was es schwer hat

## Opposition kritisiert Schwerpunkte/Regierung: Land nimmt Verantwortung wahr

*Die Landesregierung ist ihrer kulturpolitischen Verantwortung für NRW nicht gerecht geworden. Das schließe seine Fraktion aus der Antwort der Regierung auf die Große Anfrage 7 („Situation von Kunst und Kultur in Nordrhein-Westfalen“, Drs. 13/1641), mit der die CDU das Ziel verfolgt habe, die Diskussion über ein kulturelles Leitbild und übergeordnete Ziele für das Kulturland NRW zu starten. So ließ sich zu Beginn der Erörterung der Großen Anfrage im Plenum der kulturpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Richard Blömer, ein.*

**Richard Blömer** (CDU) verwies auf die deutliche Überlegenheit der süddeutschen Flächenländer Baden-Württemberg und Bayern gegenüber NRW hin: Im Vergleich halte die NRW-Landesregierung in der Kulturfinanzierung noch immer die rote Laterne. Die kulturpolitische Zielsetzung der Regierung sei diffus, es werde eine Politik des „Weiter so“ betrieben: „Keine neuen Akzente, keine neuen Konzepte, alles wie gehabt“, kritisierte der Sprecher und klagte, „in welcher erschreckender Weise einzelne Förderparten vernachlässigt wurden und auch noch werden“. Blömer nannte hier die bedrohliche Lage der Theater und meinte, auch die Behandlung anerkannter und bewährter Kulturinstitutionen werde der dort geleisteten Arbeit nicht gerecht. In diesem Zusammenhang forderte er ein ausdrückliches Bekenntnis zur künftigen Existenz der Kultursekretariate in Wuppertal und Gütersloh. Blömer regte weiter an, wie im SPD-Wahlprogramm versprochen, die kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen zu verstärken.

**Manfred Böcker** (SPD) sah das Ganze anders, die Antwort zeige in eindrucksvoller Weise, „die Vielfalt, die Breite und die Spitzenleistungen im Bereich der Kultur in unserem Lande, die durch staatliche Förderung erreicht werden konnten“. Angesichts der Finanzsituation des Landes sei es „schon beachtlich und bedeutend, dass die Kulturpolitik nicht dem Rotstift des Finanzministers zum Opfer gefallen ist“. Vergleiche mit anderen Bundesländern seien wegen anderer Strukturen, Finanzierungsarten und Verantwortlichkeiten schwierig und unredlich. Böcker wies den Vorwurf des „Mobbings“ gegenüber den Kultursekretariaten durch den zuständigen Minister zurück. Es gelte unverändert das Motto der nordrhein-westfälischen Kulturpolitik: „Vielfalt ist unsere Stärke — Fördern, was es schwer hat.“

**Brigitte Capune-Kitka** (FDP) diagnostizierte die Vielfalt als „chaotischen Dschungel von Förderprogrammen“ und als „verworrene Organisationsstruktur“. Die Sprecherin wörtlich: „Da lasten überdimensionierte Verwaltungsapparate mit den Segnungen des umfassenden öffentlichen Dienstrechts bleiern schwer auf dem Potenzial unserer Künstler. Wer überleben will, braucht einen wohlmeinenden gewieften Verwaltungsmenschen an seiner Seite.“ Es sei eine gute Sache, wenn die Landesregierung einen klaren Schwerpunkt in die Förderung der Kultur an der Ruhr setze, aber das dürfe nicht die Konsequenz haben, Kultur

ausschließlich in den Ballungszentren stattfinden zu lassen. Die Kommunen hätten immer weniger Geld zur Verwirklichung ihrer Projekte. Sie plädierte für Vereinfachung und über mehr Neuorganisation der Kulturbetriebe nachzudenken.

**Oliver Keymis** (GRÜNE) kontierte: „Es ist nicht alles, was Sie nicht durchschauen, automatisch ein Dschungel.“ Es sei vielmehr zu fragen: Kann man was verbessern? Gerade Kunst und Kultur böten die Chance zum Dialog, zu einem friedlichen Miteinander der Kulturen. Dieser Dialog der Kulturen, die Förderung im Bereich von Kindern und Jugendlichen, die Bewahrung von kultureller Substanz und ihre Weiterentwicklung seien die Schwerpunkte der Arbeit, getreu dem Motto: Förderung von dem, was es schwer habe, nämlich Unkonventionelles, Neues und Ungewohntes. Die Bilanz der Großen Anfrage könne sich sehen lassen, befand er.

**Kulturminister Dr. Michael Vesper** (GRÜNE) kam zum Schluss: Kunst und Kultur gehe es auch in Zeiten schwierigster Haushaltsprobleme im Lande „den Umständen entsprechend sehr gut“. In NRW verfüge man über eine weltweit einmalige Kulturlandschaft und habe ein äußerst kunst- und kul-

turfrendliches Klima. Das Land nehme seine Verantwortung wahr und setze seine eigenen Impulse. Es ermögliche den Kommunen durch zweckgebundene Zuwendungen und die Schlüsselzuweisungen des Gemeindefinanzierungsgesetzes kulturelle Angebote. Was man noch verstärken wolle, sei die Förderung von Kunst und Kultur für Kinder und Jugendliche sowie das Finden neuer Wege, Vermittlung von Kunst und Kultur im 21. Jahrhundert. Ein neuer Schwerpunkt werde auch im Dialog der Kulturen gesetzt, auf lokaler und internationaler Ebene.

**Dr. Renate Düttmann-Braun** (CDU) kritisierte die Art der regionalen Kulturpolitik und wandte gegen die Kultur Ruhr GmbH ein, hier werde es dem Ministerium ermöglicht, direkt auf Kulturprojekte Einfluss zu nehmen, das führe zu mehr Zentralismus: „Zu viel Geld für Struktur, zu wenig für Kultur.“

**Dr. Ingo Wolf** (FDP) beklagte, es sei zwar Geld für „Big shots“ da, aber auf der anderen Seite würden die Kommunen durch massive Kürzungen in der Gemeindefinanzierung gezwungen, auf die so genannte „freie Spitze“ zurückzugreifen und bei der Kultur zu kürzen — „das ist die falsche Politik“.



*Eher in Moll als in Dur gestimmt präsentiert sich nach Meinung der Opposition derzeit die Kultur außerhalb der Ballungsgebiete des Landes: Geld sei zwar für die so genannten „Events“ im Ruhrgebiet vorhanden, in den Städten und Gemeinden in anderen Landesteilen müsse dagegen an den Kulturausgaben gespart werden, weil die Finanzlage der Kommunen nichts anderes zulasse. — Weder westfälisches Schützenfest noch rheinischer Karneval waren Anlass für die quer über den Münster'schen Prinzipalmarkt gespannten bunten Wimpel (Bild), sondern eine der zahlreichen künstlerischen Manifestationen im Rahmen der Skulpturen Ausstellung des Jahres 1997, die das gesamte Stadtgebiet der westfälischen Metropole mit einbezog und alle zehn Jahre stattfinden soll.*

Foto: Kamp

## Auch ohne Habilitation:

# Juniorprofessor soll forschen und lehren können

*Der Landtag soll die vom Bundesgesetzgeber eingeleitete Reform des Hochschuldienstrechts unterstützen und zügig in Landesrecht umsetzen. Dabei gehe es vor allem um die Einführung von Juniorprofessoren und um eine Flexibilisierung der Besoldung der Lehrenden. Durch diese beiden Reformschritte könnten sich die Hochschulen des Landes zu leistungsstarken Akteuren in der europäischen und internationalen Konkurrenz weiterentwickeln, erklären die beiden Koalitionsfraktionen in ihrem Antrag „Hochschulland NRW im 21. Jahrhundert – Flexibilisierung und Exzellenz durch neues Dienstrecht“, Drs. 13/1742), den der Landtag zusammen mit dem dazu eingebrachten Entschließungsantrag der CDU (Drs. 13/1777) einstimmig zur abschließenden Abstimmung an den Wissenschaftsausschuss überwiesen hat.*

**Cornelia Tausch** (SPD) nannte die beiden Kernpunkte der Dienstrechtsreform: Einführung von Juniorprofessoren und die Flexibilisierung der Besoldung der Lehrenden. Beide Sachverhalte böten den Ländern die Chance, „die Abwanderung unserer besten Nachwuchskräfte in andere Länder oder in die Industrie zu stoppen“. Zum einen ermöglichten sie eine frühere Qualifizierung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, zum anderen eröffneten sie eine Abkehr von einem Wissenschaftssystem, „das Dienstalter und nicht Leistung sowie Engagement honoriert“. Der Bund eröffne den Ländern die Möglichkeit, das bundesrechtlich vorgesehene Personalbudget zu überschreiten, das werde begrüßt.

**Dr. Ruth Seidl** (GRÜNE) sagte voraus: „Mit der geplanten Dienstrechtsreform werden sich unsere Hochschulen verjüngen und öffnen und damit im internationalen Wettbewerb gute Chancen haben.“ Grundgedanke sei, durch die Reform junge Menschen eher in verantwortliche Positionen zu bringen; der Juniorprofessor solle der Regelweg zur Erlangung einer Vollprofessur sein — neben weiteren Qualifikationen. Mit dem Ausbau des Zugangs fördere man eine „Kultur des Wechsels und des Quereinstiegs“. Die

Dienstrechtsreform modernisiere die Hochschullandschaft in wichtigen Punkten.

**Helmut Stahl** (CDU) erklärte, seine Fraktion trage die Grundlinien wie die Einführung der Juniorprofessur mit. Die Koalition gebe aber mit der Vorgabe der Kostenneutralität dieser Regelung jede Gestaltungsmöglichkeit aus der Hand. Er frage sich, ob NRW den Wettbewerb um die besten Köpfe mit dem Grundgehalt eines Oberstudienrates gewinnen könne. Stahl: „Um es klar zu sagen: Das sind anständige Gehälter.“ Die Deckelung des Besoldungsaufwands sei „kein marktgerechtes, kein zukunftsorientiertes, kein wettbewerbsorientiertes Besoldungssystem“. Was solle auch die Abschaffung der Habilitation? Könnte man dies nicht den Hochschulen überlassen und so zwischen ihnen zu einem Wettbewerb der unterschiedlichen Wege kommen? Da sollte sich die SPD gegenüber dem Finanzminister durchsetzen.

**Professor Dr. Friedrich Wilke** (FDP) war der Meinung, die Reformvorhaben böten viele gute Ansätze, „aber eben auch in vielen Teilen ungenießbare Kost für die Hochschulen“. Auch er war für Wettbewerb zwischen verschiedenen Qualifikationswegen und bezeichnete die Ersetzung der Habilitation durch die Juniorprofessur ohne zusätzliche Mittel als „Sparmodell zu Lasten des wissenschaftlichen Nachwuchses“. Die vorgesehene neue Kategorie der W-Besoldung bezeichnete er mit dem Begriff „Almosen“. NRW sollte im Bundesrat den Gesetzen ohne Nachbesserung nicht zustimmen.

**Wissenschaftsministerin Gabriele Behler** (SPD) bemerkte, die angesprochene Kostenneutralität sei „eine Frage der Definition“. Sie machte darauf aufmerksam, dass die Rektorenkonferenz den Vergaberahmen fordere, der jetzt Bestandteil des vorgelegten Antrags sei. Was die Frage der Habilitation angehe, so nehme sie der Opposition den Hinweis auf die Hochschulautonomie nicht ab. Es sei die Entscheidung erforderlich, ob man für junge Nachwuchswissenschaftler tatsächlich Optionen in die Selbstständigkeit hinein wolle oder ob der Nachwuchs weiterhin in Abhängigkeitsverhältnissen heranwachsen solle.

**Joachim Schultz-Tornau** (FDP) stufte den vom Bund für die Länder gezogenen Vergaberahmen als möglicherweise verfassungswidrig ein. Er fragte, ob es nötig sei, die Habilitation zu „verbieten“ und wandte gegen Kostenneutralität ein, damit werde nicht mehr für die Hochschulen erreicht, sondern die Situation gegenüber dem derzeitigen Zustand verschlechtert.

*Der Landtag fordert die Landesregierung auf, im Bundesrat dem neuen Dienstrecht sowie der neuen Besoldungsordnung für Professorinnen und Professoren zuzustimmen und beide Gesetze nach ihrer Verabschiedung zeitnah in Landesrecht umzusetzen.*

*Außerdem fordert der Landtag die Landesregierung auf, ein Konzept zur zügigen Einführung von Juniorprofessoren an den Hochschulen des Landes vorzulegen.*

*Der Landtag begrüßt die zwischen Bund und Ländern angestrebte 40-prozentige Beteiligung von Frauen auf allen Ebenen des wissenschaftlichen Qualifikationsprozesses und fordert mit der Bund-Länder-Kommission die Hochschulen auf, Juniorprofessuren mit qualifizierten Wissenschaftlerinnen zu besetzen.*

## Auszug aus dem Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 13/1742).

*Der Landtag fordert die Landesregierung auf,*

- 1. sich im Bundesrat mit Bundesländern wie Baden-Württemberg und Hessen dafür einzusetzen, dass eine leistungsbezogene Besoldung der Professoren nur eingeführt wird, wenn die Kostenneutralität aufgehoben wird und die Grundgehälter angehoben werden;*
- 2. den Hochschulen schrittweise die Möglichkeit zu geben, ihre Studierenden selber auszusuchen, da nur dann echter Wettbewerb möglich ist;*
- 3. über den Bundesrat klare Regelungen vorzulegen, wer an einer Hochschule über Leistungszulagen entscheidet;*
- 4. die Juniorprofessur als eine Möglichkeit neben anderen Wegen zur ordentlichen Universitätsprofessur einzuführen und die Habilitation als Möglichkeit der Qualifikation für das Amt des Professors zu erhalten;*
- 5. die Besoldung von FH-Professoren nach der künftigen Besoldungsordnung flächendeckend mit W 3 einzuführen.*

## Auszug aus dem Entschließungsantrag der Fraktion der CDU (Drs. 13/1777).

## Fachhochschulen neu geordnet

In zweiter Lesung hat der Landtag das Gesetz zur Neuordnung der Fachhochschulen (Gesetzentwurf der Landesregierung Drs. 13/1616) in Form der Beschlussempfehlung des Wissenschaftsausschusses (Drs. 13/1721 neu) einstimmig und ohne Debatte angenommen. Der Entschließungsantrag (Drs. 13/1646), den die FDP-Fraktion vorgelegt hatte, wurde wegen der Verabschiedung des Gesetzentwurfs als erledigt erklärt und zurückgezogen.



**30 Jahre** hat sich Winfried Schittges (CDU) auf verschiedenen politischen Ebenen für die Interessen und das Wohl der Mitbürgerinnen und Mitbürger in seiner Heimatstadt Krefeld und im gesamten Land eingesetzt. Seit 1990 ist Schittges, der seit 1975 dem Rat seiner Heimatstadt angehört, Mitglied des Landtags und seit 1999 Vorsitzender der Landschaftsversammlung und des Landschaftsausschusses des Landschaftsverbandes Rheinland. Daneben hat er sich für sportliche Belange eingesetzt. Für seine Verdienste hat er von Bundespräsident Johannes Rau das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen bekommen, das ihm — in Anwesenheit seiner Ehefrau — in einer Feierstunde Landtagspräsident Ulrich Schmidt überreichte. Foto: Schälte

## Zustimmung zu FDP-Anliegen

### Stärkere Kontrolle der Sicherheitsdienste

Der FDP-Entwurf eines Gesetzes „zur Stärkung parlamentarischer Kontrolle des Verfassungsschutzes, der Justiz und der Polizei“ (Drs. 13/1715) fand grundsätzliche Zustimmung der anderen Fraktionen bei der ersten Lesung. Allerdings gingen die Meinungen auseinander, ob es ein neues Kontrollgremium des Landtags geben solle und ob dieses mit weitgehenden Rechten wie Behördenzugang und Akteneinsicht ausgestattet werden solle.

**Dr. Robert Orth** (FDP) sprach sich gegen eine innere Sicherheit nach dem Motto „Immer härter! Immer schneller“ aus, befürwortete aber einen starken Verfassungsschutz und starke Strafverfolgungsbehörden. Gegen Befürchtungen vor pauschaler Verdächtigung und Beobachtung solle parlamentarische Kontrolle helfen. Die G-10-Kommission habe in dieser Wahlperiode noch kein einziges Mal getagt. Die FDP wolle stattdessen ein parlamentarisches Kontrollgremium mit selbständigem Ermittlungsrecht der Abgeordneten.

**Oda-Gerlind Gawlik** (SPD) hielt den Gesetzentwurf für einen dicken Brocken. Parlamentarische Kontrollrechte seien nötig und unverzichtbar, weil in Freiheitsrechte der

Bürger eingegriffen werde. Sie seien in NRW auf drei Wegen gegeben. Bei der Trennung von Verfassungsschutz und Polizei solle es auch bleiben. Und richterliche Entscheidungen zu kontrollieren, sei mit Unabhängigkeit nicht vereinbar.

**Dr. Hans-Ulrich Klose** (CDU) unterstützte die Absicht der FDP. Die CDU werde prüfen, ob die Kontrollrechte des Parlaments durch ein solches Gremium gestärkt und die Kontrolle effizienter werde. In NRW gebe es Regelungslücken. Die Konferenz aller Landtagspräsidenten verlange mehr Berichtspflichten der Landesregierung.

**Monika Düker** (GRÜNE) schloss sich dem FDP-Anspruch ebenfalls an und wies auf

die erweiterten Befugnisse und erleichterten Datenaustausch der Behörden hin. Ein weiteres Recht auf Akteneinsicht sei zu prüfen. Zunächst solle es eine Bestandsaufnahme über bestehende Kontrollrechte geben. Die Wiederentdeckung des Schutzes der Bürgerrechte durch die FDP sei erfreulich.

**Innenminister Dr. Fritz Behrens** (SPD) sagte, auf Landesebene seien Befugnisse noch nicht ausgeweitet worden. Der FDP-Gesetzentwurf brächte keine zusätzlichen Informationen. Mehr Fachkompetenz als in einem zentralen Gremium gebe es im Innen- und im Rechtsausschuss. Im Hauptausschuss könne zusammenfassend erörtert werden. Das Land werde wie der Bund die G-10-Kommission stärken. Das Parlament könne aber nicht die dritte Gewalt kontrollieren. Behrens kündigte einen eigenen Gesetzentwurf der Landesregierung an.

**Dr. Stefan Grüll** (FDP) äußerte sich erfreut über die allgemeine Zustimmung zu ergebnisoffener Behandlung eines Mehr an Kontrolle. Bei erweiterten Befugnissen sollten die Aspekte des Datenschutzes rechtzeitig einbezogen werden.

## CDU will Gebührenlast senken

### Bürger sollen Straßen selbst reinigen

In ihrem Antrag „Umweltstandards halten — Gebührenlast der Bürger konsequent senken“ (Drs. 13/1739) fordert die CDU auch, die Abwasserabgabe in der vorliegenden Form abzuschaffen. Die Pflicht zur Straßenreinigung sei soweit wie möglich auf die Anlieger zu übertragen.

**Hans Peter Lindlar** (CDU) sagte, verantwortungsvolle Politik habe auch damit zu tun, „wie wir mit dem Geld unserer Bürgerinnen und Bürger umgehen“. Die Menschen sollten Kosten, die Städte und Gemeinden ihnen auferlegten, verstehen können. Die Gebühren seien in den 90er Jahren dramatisch gewachsen. Bei den Abwassergebühren nehme NRW einen Spitzenplatz ein: nämlich 266 gegenüber bundesweit 222 Mark für die Entsorgung. Hier bestehe erheblicher Handlungsbedarf, „wenn wir nicht wollen, dass diese so genannte zweite Miete, die den Bürgern abverlangt wird, weiter ohne Einschränkung steigt“. Von einem verantwortungsvollen Umgang mit dem Geld der Bürger sei das Land „weit entfernt“.

**Hans Krings** (SPD) sah in der Abwasserwirtschaft das vorrangige Bemühen, alles kostengünstiger zu machen, ohne die Qualität zu senken. Viele Kommunen hätten Eigenbetriebe gegründet. „Der Gipfel Ihres Antrags ist, die Pflicht zur Straßenreinigung auf die Anwohner übertragen zu wollen“, befand Krings. Dies geschehe in ländlichen Kommunen fast durchweg. Es werde meist sehr nachlässig gekehrt, Kontrolle und mehr Druck mit Bußgeldern aber kaum gewagt.

**Holger Ellerbrock** (FDP) sagte, der Antrag zielen in die richtige Richtung. Die Abwasserabgabe habe sich von der Zielsetzung her überlebt. Die „soziale Akzeptanz“ von Umweltschutz könne nur im Dreiklang der Nachhaltigkeit — ökonomisch verantwortlich, ökologisch tragbar und sozial akzeptabel — erhalten werden. Wettbewerb und

Arbeitsplätze müssten in der Diskussion bleiben.

**Johannes Rimmel** (GRÜNE) stellte fest: Bei den Maßnahmen, die die CDU fordere, seien in begrenztem Maß Bund und Land sowie in hohem Maß die kommunale Seite verantwortlich. Er deute es als Ablenkungsmanöver von eigenen Problemen, wenn die CDU in den Kommunen den Bürgern erklären müsse, warum Gebühren erhöht werden müssten.

**Innenminister Dr. Fritz Behrens** (SPD) hielt den Antrag für ein „ziemliches Sammelurium“. Viel Neues sei nicht darin enthalten. Der Einsatz kostensenkender Tech-

niken in der Abwasserbehandlung werde von der Landesregierung schon seit Anfang der 90er Jahre durch Pilotvorhaben vorangetrieben. Alle Gemeinden seien über die Ergebnisse informiert. Der Vorschlag der Landesregierung, über Modifikationen des Abwasserabgabegesetzes zu diskutieren, sei von der CDU im Umweltausschuss abgelehnt worden. Sie habe darauf bestanden, die Abgabe ganz abzuschaffen. Die Pflicht zur Straßenreinigung könne auf die Bürger übertragen werden, aber nur bei Straßen ohne starke Verkehrsbelastung.

**Clemens Pick** (CDU) äußerte sich enttäuscht darüber, dass die Koalitionsfraktionen in keiner Weise zu Veränderungen bereit seien. Es gehe auch um gleiche Bedingungen für alle bei den Abgaben.

**Hans Krings** (SPD) warf der CDU vor, im Fraktionsauftrag zum Thema Gebührenbelastung viel „Klein-Klein“ zusammengetragen zu haben. Dies sei alles Unfug. Ein Gutteil der hohen Gebühren im ländlichen Bereich sei durch die Siedlungsstruktur bedingt.



An die Landesregierung weitergereicht hat der Vorsitzende des Ausschusses für Schule und Weiterbildung, Dr. Heinz-Jörg Eckhold (CDU, 2. v. r.), die vom Landesverband Bildung und Erziehung (VBE) gesammelten knapp 11 000 Unterschriften. Im Beisein der schulpolitischen Sprecher der Fraktionen — Bernhard Recker (CDU, l.), Manfred Degen (SPD, 2. v. l.), Sylvia Löhrmann (GRÜNE, 3. v. r.) — nahm Staatssekretär Dr. Wolfgang Meyer-Hesemann (3. v. l.) das Paket entgegen. Mit den Unterschriften stützt die Lehrgewerkschaft ihre Forderung, die Bestimmungen für die Altersteilzeit beamteter Lehrer denen der übrigen Landesbeamten anzugleichen. In der Bildmitte Ausschussassistent Wolfgang Kubitzky. Foto: Schälte

## Stammzellen-Import ist entscheidungsreif

Der Wissenschaftsausschuss des nordrhein-westfälischen Landtages geht davon aus, dass der Bundestag im Januar 2002 seine Meinungsbildung über den Import humaner embryonaler Stammzellen und die Forschung an ihnen abschließt. Diese Erwartung geht aus einem Beschluss hervor, den der Ausschuss mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU gefasst hat. „Wir bringen damit zum Ausdruck, dass der Forschungsantrag der Bonner Wissenschaftler Brüstle und Wiesler jetzt entscheidungsreif ist“, erklärte der wissenschaftspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Dietrich Kessel.

Der Antrag des Landtagsausschusses macht nach den Worten Kessels zudem deutlich, dass

eine sehr breite Mehrheit des nordrhein-westfälischen Landtages sich der Möglichkeit einer Forschung mit humanen embryonalen Stammzellen öffnet. „Voraussetzung für uns ist eine intensive ethische, rechtliche und politische Reflexion sowie ein hohes Maß an Transparenz und Kontrolle“, erklärte Kessel für die SPD-Fraktion. Dem habe sich der Ausschuss in seinem jetzt beschlossenen Antrag ausdrücklich angeschlossen. Das erforderliche hohe Maß an Transparenz und Kontrolle bei der Forschung an humanen embryonalen Stammzellen sei nur an öffentlichen Einrichtungen, den Hochschulen und staatlichen Forschungseinrichtungen zu gewährleisten.

Die präzise Beschreibung der Voraussetzungen

und Erwartungen an die Forschung mit embryonalen Stammzellen durch den Wissenschaftsausschuss dokumentiert laut Kessel, dass auch im Landtag mit einer positiven Entscheidung für das Bonner Forschungsprojekt durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) gerechnet wird. Das sei nach der mehrheitlichen Entscheidung des Ethikrates für den Stammzellen-Import ein weiteres wichtiges Signal. „Wenn wir nicht nur die Chancen dieser Forschung ausloten, sondern auch damit eventuell verbundene Risiken erkennen und politisch bewerten wollen, dann darf gerade diese Forschung nicht in geheimen, privaten Labors stattfinden; wir wollen, dass diese Forschung im Blickfeld der Öffentlichkeit, also in staatlichen Forschungseinrichtungen stattfindet“, kommentierte der wissenschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion.

## CDU-Fachgespräch zur Krankenhausplanung: Betriebswirtschaft pur ist die falsche Medizin

Vor dem Hintergrund der teilweise existenzgefährdenden und schwierigen Lage in den nordrhein-westfälischen Krankenhäusern und der Einführung eines neuen bundesweit geltenden Vergütungssystems im Januar 2003 hat die CDU-Landtagsfraktion Experten und Praktiker zu einem Fachgespräch „Zukunft der Krankenhausplanung in Nordrhein-Westfalen“ in den Landtag eingeladen. Dr. Rudolf Kösters, Präsident der Krankenhausgesellschaft NW, hob in seinen Ausführungen die völlige Unterfinanzierung der Krankenhäuser in NRW hervor. Im Vergleich zu Bayern beklagte er einen Investitionsrückstand von 15 Milliarden Mark in den letzten zehn Jahren. Für den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und gesundheitspolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Hermann-Josef Arentz,

ergaben sich daraus erste konkrete Forderungen:

„1. Die NRW-Landesregierung muss endlich aufhören, die Krankenhäuser wie die Stiefkinder der Landespolitik zu behandeln. Es ist ein sozialpolitischer Skandal, dass NRW weniger Geld für seine Krankenhäuser je Einwohner und je Fall zur Verfügung stellt als alle anderen Bundesländer.“

2. Bei der Krankenhausplanung ist ein Paradigmen-Wechsel notwendig. Wenn ab 2003 die Finanzierung des laufenden Krankenhaus-Betriebs nur noch durch Fallpauschalen erfolgt, werden viele kleine Krankenhäuser auf dem Lande sterben. Krankenhäuser, die zur Versorgung der Bevölkerung dringend benötigt werden, dürfen nicht aus rein betriebswirtschaftlichen Gründen verschwinden.

3. Krankenhausplanung muss vernetzt betrieben werden. Die bisherige Rahmenplanung des Landes betrachtet das Krankenhaus isoliert – das ist vor-sinfützlich.“

Arentz schloss sich den Ausführungen des Präsidenten der Bundesärztekammer, Prof. Dr. Jörg Dietrich Hoppe, an, wonach auch in Zukunft nicht ausschließlich die kaufmännische Seite des Handelns im Krankenhaus bestimmen dürfe. Der Mensch, eine menschenwürdige Versorgung und optimale Medizin müsse ihren hohen Stellenwert behalten. „Die CDU-Landtagsfraktion will dafür sorgen, dass die Politik dieser Verantwortung gerecht wird“, sagte Arentz abschließend.

\*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen



Mehr Geld für Bildung und einen früheren Berufseinstieg lauteten die Kernforderungen von FDP-Fraktionschef Jürgen Möllemann (links) während des Bildungskongresses der FDP am vergangenen Dienstag im Landtag. Die Diskussion mit Podiumsgästen aus Lehrer- und Elternverbänden sowie 200 Schülern, Lehrern und Eltern bestärkte die FDP in ihrer Diagnose: Auch vor Veröffentlichung der PISA-Studie waren viele Defizite des Bildungswesens offenkundig. Der bildungspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion Ralf Witzel (rechts) sagte: „Die PISA-Studie muss sorgfältig ausgewertet werden. Unsere Forderungen bleiben jedoch auf jeden Fall berechtigt: mehr Lehrer, besserer Unterricht, Abi nach 12 Jahren, mehr Leistungsorientierung.“

## Ergebnisse der PISA-Studie: Erste Maßnahmen zügig auf den Weg bringen

Die Ergebnisse der Studie über die schulischen Leistungen von Schülerinnen und Schülern (PISA-Studie) sind alarmierend, sie bedeuten einen Auftrag an alle Bildungsinstitutionen und die Politik. Man muss sich jetzt ernsthaft und vorbehaltlos mit den Ergebnissen und den Ursachen auseinander setzen. GRÜNE wollen vor allem an drei Punkten politische Konsequenzen aus der Studie ziehen: 1. Die bisherigen Konzepte zur Förderung von Kindern aus bildungsfernen Schichten und sozial schwachen Familien müssen überdacht und weiterentwickelt werden, da der Anspruch auf Chancengleichheit in unseren Schulen nicht eingelöst wird. Vielmehr zeigt sich, dass sich Ungleichheit in den Schulen

stabilisiert, wenn nicht so gar vergrößert. 2. In allen Ländern, die gut abgeschnitten haben, ist die Ganztagschule der Normalfall. NRW braucht deshalb dringend einen Ausbau qualitativ hochwertiger Angebote zur Ganztags-erziehung. Kinder sollen in den Schulen leben und spielen können sowie umfassend gefördert und unterstützt werden. Mit dem Konzept „Hand in Hand“ wurde bereits gezeigt, wie mit vorhandenen finanziellen Mitteln deutlich Verbesserungen erzielt werden können. Konkret möchte die grüne Fraktion noch in diesem Jahr die Landesregierung anhand eines Eckpunktebeschlusses beauftragen, eine Optimierung der bisherigen Betreuungsangebote an Schulen vorzubereiten und Per-

spektiven zur Errichtung von Grundschulen mit optionalem Ganztagsangebot aufzuzeigen.

3. Die Diskriminierung von Kindern mit Migrationshintergrund hinterlässt ihre Spuren im Bildungssystem. Es ist dringend notwendig, interkulturelle Erziehung in der täglichen Praxis von Kindergärten und Schulen zu verankern. Dazu gehört ein Sprachenlernen, das Zweisprachigkeit – von deutschen und ausländischen Kindern – fördert. Gerade hier ist Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren z. B. durch die Etablierung von Sprachkursen vorangekommen. Aber die Studie macht allzu deutlich, dass man sich darauf nicht ausruhen darf.

## „Gute Seele der Telefonzentrale“

Die „Stimme des Landtags“ ist in den Ruhestand gegangen: In den letzten elf Jahren hatte, wer die Zentralnummer des Landesparlaments anwählte, Christa Lohkamp (Bild unten) an der Strippe. Bei ihrer Verabschiedung lobte Landtagspräsident Ulrich Schmidt ihr angenehmes und höfliches Wesen, mit dem sie auf die externen und internen Telefonkunden zugegangen ist. Als Schichtführerin in der Telefonzentrale habe sie mit Gründlichkeit und Nettigkeit menschlich und fachlich einen guten Eindruck hinterlassen — kurz: „Sie ist, ohne Übertreibung, die gute Seele der Zentrale gewesen“, erklärte Schmidt bei der Verabschiedung. Der Präsident wünschte Christa Lohkamp Gesundheit und Zufriedenheit in dem hoffentlich schönen und geruhsamen neuen Lebensabschnitt, der sie nun erwartet. Vor ihrer Tätigkeit beim Landtag hat Christa Lohkamp lange Jahre die Bäckerei-Konditorei ihres Ehemannes in der Düsseldorf Kirchstraße geführt — übrigens die Geburtsstätte des ehemaligen Bäckerge-sellen Heino, in der der populäre Sänger viele Jahre seiner Jugend verbracht hat.



### LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 101143, 40002 Düsseldorf  
 Redaktion: Stephanie Hajdamowicz (Chefredakteurin), Jürgen Knepper (Chef vom Dienst), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Fotoredaktion: Bernd Schälte, Telefon: (02 11) 8 84 23 03, 8 84 23 04, 8 84 25 45 und 8 84 23 09, FAX 8 84 30 22

Redaktionsbeirat: Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Marianne Thomann-Stahl MdL (FDP), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Rimmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Nolker Becker (CDU), Pressesprecher; Michael Block (FDP), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten  
 Herstellung und Versand: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf, Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26  
 ISSN 0934-9154  
 Internet-Adresse: <http://www.landtag.nrw.de/>

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

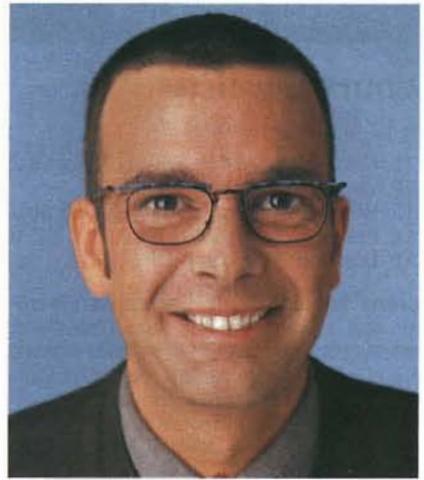
## Porträt der Woche

*Für Frank Freimuth muss Politik für die Menschen „fassbar“ sein und das Mögliche hoch gesteckten Anspruch versucht der SPD-Landtagsabgeordnete im Alltag zu realisieren — und vor allem in seinem Wahlkreis Wuppertal I. So ist er dort möglichst viele Stunden für die Bürger ansprechbar — interessiert sich für alles, „was ihnen auf der Seele liegt“.*

*Diese Eigenschaft der „Zuwendung“ dürfte beim heute 39-Jährigen in den Jahren gewachsen sein, wo er wissenschaftlicher Mitarbeiter des damaligen Ministerpräsidenten Johannes Rau war und dessen Bürgernähe er hautnah miterlebte. Zudem ist der gebürtige Wuppertaler SPD-Vorsitzender des Ortsvereins Ostenbaum, einem Stadtteil — so das Landesförderprogramm — „mit besonderem Erneuerungsbedarf“, „Da gibt es Armut, hohe Arbeitslosigkeit und einen hohen Ausländeranteil.“ Der promovierte Philologe engagierte sich insbesondere für schwer erziehbare Jugendliche, will ihnen Perspektiven bieten.*

*Nach seinem Studium der Pädagogik, Psychologie und Soziologie an den Universitäten Köln, Bochum und Wuppertal sowie seiner siebenjährigen Rau-Tätigkeit wurde Frank Freimuth 1995 zum Dozenten in der Erwachsenenbildung des Bildungswerkes Stende berufen. Bis er dann fünf Jahre später, im Mai 2000, in den Landtag einzog, leitete er zahlreiche Seminare, Rhetorik- und Managementkurse. Der SPD schloss er sich als 21-Jähriger an, ist seit längerem Mitglied des Unterbezirksvorstandes Wuppertal und des Bezirksausschusses Niederrhein seiner Partei. Wie schon in der Vergangenheit auf regionaler Ebene bemüht sich der Wuppertaler auch als Landtagsabgeordneter um ein gutes Verhältnis zu den Kollegen der anderen Fraktionen. „Sachlichkeit und Toleranz gegenüber politisch Andersdenkenden sind mir wichtiger als das bloße rhetorische Draufschlagen.“ Die Fraktion gab ihm die Möglichkeit, in mehreren Sachbereichen mitzuarbeiten, die ihn auch ganz persönlich interessieren: Medien-, Bildungs- und Sportpolitik, Jugend und Familie.*

*So ist es für den Abgeordneten eine entscheidende Frage, wie auf dem Weg in die Informationsgesellschaft möglichst viele Menschen die Chancen und Fähig-*



Dr. Frank Freimuth (SPD)

*keiten erhalten, mit den neuen Medien umzugehen. Die Vermittlung von Medienkompetenz müsse bereits im frühen Kindesalter beginnen und dürfe aber auch die Senioren nicht ausschließen. Er begrüßt einen fraktionsübergreifenden Antrag aller Mitglieder des Medienausschusses, in dem die Landesregierung unter anderem aufgefordert wird, ein „ressortübergreifendes Leitprojekt für Medienkompetenz“ durchzuführen. Die zahlreichen Aktivitäten im Bereich Medienkompetenz sollen danach in einer fortzuschreibenden Datenbank zusammengefasst und die bestehenden Landesprogramme evaluiert werden.*

*Aber neben der Förderung der Medienkompetenz und deren Akzeptanzerhöhung müssten auch die Risiken der technischen Entwicklung minimiert werden. So müsse das Recht auf informationelle Selbstbestimmung geschützt werden. — Als Mitglied des Sportausschusses macht sich der Wuppertaler insbesondere für die Nachwuchsförderung im Breitensport stark.*

*Nach eigener Einschätzung ist der Parlamentarier ehrgeizig, und er möchte als Abgeordneter „mehr bewegen“ als es derzeit als „Neuling“ noch möglich sei. Dabei zitiert er Max Weber, dass „jetzt erst einmal geduldig harte Bretter durchbohrt“ werden müssten. Von einer Sportart, die Frank Freimuth besonders schätzt, mag er dabei lernen — dem Langlauf. Eine andere Freizeitbeschäftigung ist das Tauchen — auch das ist für Politiker manchmal ratsam.*

Jochen Jurettko

## Digitale Rundfunk-Welt in Europa

Die beiden Koalitionsfraktionen und die CDU sehen im Medienausschuss (Vorsitzende Claudia Nell-Paul, SPD) auf der europäischen Ebene dringenden Handlungsbedarf, damit der öffentlich-rechtliche Rundfunk dem übergreifenden Integrationsauftrag nachkommen und seine Programme ungehindert grenzüberschreitend verbreiten kann: Freier Informationsfluss sei ein Kernelement demokratischer Staaten. Dem „Free-TV“ kommt dabei eine zentrale Rolle zu, ist Auffassung der SPD. Den GRÜNEN ist die Teilnahme möglichst vieler Menschen an digitalen Programmen wichtig. Bei Enthaltung der FDP stimmten die drei Fraktionen dem Koalitionsantrag „Informationsfreiheit auch in der digitalen Welt sichern“ (Drs. 13/1313) zu. Auch im Europa-Ausschuss fand der Antrag ein positives Echo, mit dem eine Initiative im Bundesrat erreicht werden soll.

## Zur Person

### Geburtstagsliste

vom 13. bis 18. Dezember 2001

13.12. **Prof. Dr. Friedrich Wilke** (FDP), 58 J.  
15.12. **Wilfried Kramps** (SPD), 62 J.  
15.12. **Hans-Martin Schlebusch** (CDU), 55 J.  
18.12. **Frank Sichau** (SPD), 54 J.  
18.12. **Dietmar Brockes** (FDP), 31 J.

★  
**Laurenz Meyer** (CDU), Landtagsabgeordneter aus Hamm, ist auf dem Dresdener Bundesparteitag der CDU in seinem Amt als Generalsekretär der Union bestätigt worden. Mit etwa 90 Prozent stimmten die Delegierten der Berufung Meyers durch die Parteivorsitzende Angela Merkel zu. Sie hatte Meyer als Nachfolger von Ruprecht Polenz Ende November vergangenen Jahres auf den Posten des Generalsekretärs berufen.

★  
**Bernd Schulte** (CDU), Landtagsabgeordneter aus Lüdenscheid, ist auf dem Kreisparteitag der Märkischen CDU in seinem Amt als Kreisvorsitzender bestätigt worden. **Hubert Schulte**, CDU-Landtagsabgeordneter aus Menden, wurde erneut zum stellvertretenden Kreisvorsitzenden gewählt.

★  
**Dr. Diether Posser** (SPD), Mitglied des Landtags von 1966 bis 1990 und in NRW-Kabinetten Minister für Bundesangelegenheiten, Justizminister und Finanzminister, hat auf dem Nürnberger Parteitag der Sozialdemokratischen Partei sein Amt als langjähriger Vorsitzender der SPD-Schiedskommission niedergelegt und wurde von den Delegierten mit Beifall verabschiedet.

★  
**Harald Schartau** (SPD), Minister für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie des Landes, ist mit dem Georg-Schulhoff-Preis der Handwerkskammer Düsseldorf ausgezeichnet worden. Der Minister erhielt den Preis für seine Verdienste im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit.

★  
**Dr. Herbert Schnoor** (SPD), Landtagsabgeordneter von 1980 bis 1995 und langjähriger Innenminister des Landes, ist wegen seiner Verdienste um die Belange des Rheinlands mit dem Ehrenring des Rheinlandes ausgezeichnet worden. Verliehen wurde der Ring von **Winfried Schittges**, CDU-Landtagsabgeordneter und Vorsitzender der Landschaftsversammlung Rheinland, bei einem Festakt aus Anlass des ersten Zusammentretens des Provinziallandtags vor 175 Jahren.

★  
**Christian Lindner**, FDP-Landtagsabgeordneter und einer der jüngsten Parlamentarier in Deutschland, ist auch als Fachautor erfolgreich: Er erhielt für seinen Unternehmens-Ratgeber mit dem Titel „Die Aktie als Marke“ zusammen mit seinem Mitautor Hartmut Knüppel (ehemaliger Genscher-Referent) den Wirtschaftsbuchpreis einer bekannten Finanzzeitung.

### Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Karl-Wolfgang Brandt, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 13. Dezember 2001 ein: 8.00 Uhr Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und 9.15 Uhr Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



**Aus dem heimischen Wald** stammt der grüne weihnachtliche Bote, der seit Beginn der Adventszeit die Eingangshalle des Landtags schmückt. Abgeordnete, Beschäftigte und Besucher gehen an ihm vorbei, halten vielleicht inne und besinnen sich angesichts der Krisenherde in der Welt auf die Friedensbotschaft, die seit Anbeginn mit der christlichen Weihnacht verbunden ist. Der Spender des imponierenden Baums ist wie in den Vorjahren erneut der nordrhein-westfälische Waldbauernverband, dessen Präsident Dietrich Graf von Nesselrode (kleines Bild) ebenfalls eine Botschaft bei der Übergabe auszurichten hatte: Er wies auf die Bedeutung der im Lande vorhandenen großen Waldflächen für den Naturschutz und die Erholung der Menschen hin. Die Waldbauern wünschten sich, dass im Forst Ökologie und Ökonomie stärker zu vereinbaren sind und dass angesichts der vielfältigen Funktionen des Waldes die Politiker die Probleme der Waldbauern intensiver bei ihren Entscheidungen bedenken.

